

BERLİN 04/17

international Nummer 142

DER NEWSLETTER DES INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 30.03.2017 übergab Andreas Germershausen, Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration (im Bild vordere Reihe 2. v. r.), an sechs syrische Geflüchtete Rettungsschwimmer-Zertifikate. Die Übergabe fand in feierlichem Rahmen im FEZ-Berlin statt, das die 6-monatige Ausbildung zum Rettungsschwimmer durchführte (Seite 5).

Der kurze Blick in das Inhaltsverzeichnis auf den Seiten 2 und 3 gibt Auskunft über die weiteren Themen dieser Ausgabe. Vielleicht finden Sie dort ja die eine oder andere Meldung von Interesse.

Ihre Redaktion

BERLIN INTERNATIONAL erscheint wieder am **28.04.2017**.
Redaktionsschluss für die Ausgabe Mai 2017 (Nr. 143) ist der **21.04.2017**.

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/-löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugesandtes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung mit Quellenangabe erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, I AbtL 22; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320. Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/service/newsletter/>
31.03.2017 [2.001 | Jahrgang 34]

Der **interkulturelle Kalender** für den Monat April:

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8 Internationaler Romatag
- 9 Palmsonntag
- 10
- 11 Pessachfest bis 18.4.
- 12
- 13 Gründonnerstag, Songkran Thai
- 14 Karfreitag, Baisakhi Sikh
- 15
- 16 Osterfest Ev./Kath./Orth.
- 17
- 18
- 19 Roter Mittwoch der Jesiden
- 20 Ridvanfest der Baha'i bis 1.5.
- 21
- 22
- 23 Türkisches Kinderfest
- 24 Shoah-Gedenktag
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken

Förderprogramme im Bereich Integration – Wo? Für wen? Zu welchen Konditionen?	4
Schulungen und Workshops für Beratende zum Migrationsrecht	4
Pilotprojekt „Rettung in Sicht“ erfolgreich abgeschlossen	
Integrationsbeauftragter übergibt Rettungsschwimmer-Zertifikate an syrische Geflüchtete	5
Medienschau	6
Das Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und Integrationslotsen – Ein Blitzlicht aus der Arbeit in der Sozialen Nothilfe/Obdachlosenhilfe ...und ein Fall von Integration	6
Neue Leiterin des IQ Landesnetzwerks Berlin	7
„Qualifizierung fördern - Dequalifizierung vermeiden“	8
Beratung gegen Arbeitsausbeutung – Senatorin Breitenbach besucht Beratungsstellen für Migrantinnen und Migranten (BeMi) und Entsandte Beschäftigte (BeB)	8
Arbeitsministerin Elke Breitenbach zum Equal Pay Day 2017 am 18. März	9
Besserer Zugang von Geflüchteten zu Ausbildung und in den Arbeitsmarkt ist Schlüssel zur Integration	9
Förderung für ehrenamtliche Initiativen im Einsatz für geflüchtete Menschen. Frist: 30.04.2017	9
Vom Flüchtling zum Bufdi - LAF vermittelt Freiwillige	10
Reinickendorf: Projekt „Zwischen Himmel und Erde“ geht in die zweite Runde	11

Aus dem Landespressedienst

Senatsverwaltung für Inneres und Sport verbietet Verein „Fussilet 33 e.V.“	11
Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung: Bündelung der umfassenden Angebote in Berlin	12
Besserer Schutz vor Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt	13
Müller zum Internationalen Frauentag	13
Rohbau der nächsten drei landeseigenen Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge fertiggestellt	13
Solidaritätsgedanken stärken	14
„Berlin wächst – die Kriminalität nicht“	14
Erste Anlaufstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge weiterhin in Steglitz-Zehlendorf	15
Anstieg rechter, rassistischer, antisemitischer, homo- und transfeindlicher Gewalttaten 2016	16
Abgabetermin zum Hauptstadtkulturfonds. Frist: 20.04.2017	16
Staatssekretär für Arbeit und Soziales verleiht Berliner FreiwilligenPässe	17
Kunstwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt – „Das WIR sehen“	17
Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des § 175: Endlich Gerechtigkeit – Aber nicht für alle	17
Zehn Jahre gemeinsames Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg	18
Müller zu den Terrorakten in London	19
04.04.2017: Perspektive in Deutschland?	
Wie verbessert man die Lage für zugewanderte Roma in deren Herkunftsländern?	19
Müller zum sechzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge	19
Michael Borgolte leitet Etablierung des Instituts für Islamische Theologie an der HU	20
Integration durch gemeinsames Gärtnern: Gartenwettbewerb der Grünen Liga Berlin. Frist: 29.09.2017	21
Sonderbeauftragte/r des Senats zur Untersuchung des Handelns der Sicherheitsbehörden im Fall Anis Amri	21
Free Wifi Berlin – Mehr als 650 Hotspots im gesamten Stadtgebiet online	22

Anfragen an den Senat

„Maßnahmen zur soziokulturellen Integration“ (Link) und weitere Anfragen ab Seite	22
---	----

Aus Europa, Bund und Ländern

Berliner Europaportal	24
BMI: 14.286 Asylsuchende im Februar 2017. Zahl der Asylsuchenden weiter rückläufig	24
Seelsorge als gemeinsame Aufgabenstellung. Lenkungsausschuss der Deutschen Islam Konferenz (DIK) beschließt Abschlusspapier zum Thema Seelsorge	25
BAMF-Veröffentlichung: Das Bundesamt in Zahlen 2016 – Modul Asyl	25
SVR-Studie zur Rückkehrpolitik	
Vorrang der freiwilligen Ausreise sicherstellen, Rückkehrberatung gesetzlich verankern	25

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Ab 03.04., GIZ e.V.: AVGS Gruppencoaching. Berufliche Zukunft für Flüchtlinge (BZFF)26
Mädchen und Jungen: Auf in die Betriebe und Einrichtungen am Girls'Day und Boys'Day am 27.April26
LIFE e.V., Weiterbildung: Projektmanagement für Frauen aus allen Kulturen. Start: 08.05.201726
House of Resources Berlin:	
Kostenfreie Fortbildungen für Ehrenamtliche und Hauptamtliche im Bereich Integration27
FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB): Aktuelle Weiterbildungen im FCZB im April 201728
Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen:	
Hier und jetzt! Kolonialismus und Kolonialrassismus im Schulunterricht29

Workshops/ Tagungen

20.04., im Rahmen der Berliner Stiftungswoche:	
„Engagement und gesellschaftliche Verantwortung im Fußball“29
20.04., Vernetzungstreffen: House of Resources > goes Kiez30
19./20.06., Hannover: 22. Deutscher Präventionstag. Motto: Prävention & Integration30

Initiativen

Hans-Böckler-Stiftung: Stipendien für Geflüchtete. Frist: 30.04.201730
27.04., Boys'Day/ Girls'Day: Angebote von Einrichtungen und Unternehmen gesucht31
Ausschreibung 2017: „Ich kann was!“ Schlüsselkompetenzen für die digitale Welt! Frist: 30.04.201731

Aus Projekten und Vereinen

RAA Berlin: Materialkoffer zum Thema Weltreligionen zur Ausleihe32
GfHF e.V., April bis Oktober 2017: Picturing Berlin – Reporting my City.	
Workshops für junge Erwachsene mit und ohne Fluchterfahrung zu Reportagefotografie32
BOX66: Programm des interkulturellen Begegnungszentrums am Ostkreuz32
BAYOUMA-HAUS: Programm April 2017 (Auszug)33
AWO-Begegnungszentrum: Angebote im April 201734
BABEL e.V.: Angebot im April 2017 (Auszug)35

Veranstaltungen

31.03. bis 07.04.2017, Alfilm: 8. Arabisches Filmfestival36
20.04.,LAF Berlin e.V., Podiumsgespräch:	
Berliner Brücken nach Lateinamerika- Kommunale Städtepartnerschaft unter der Lupe36
24. bis 30.04., „Malaria Week Berlin“ 2017: Eine Woche gegen das Vergessen	
Hope Foundation organisiert die „Malaria Week Berlin“ 201737
Akademieprogramme des Jüdischen Museums: Veranstaltungen April 201737
Kultur bewegt e.V.: Stadttealführungen im April 2017 in Neukölln38

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Working Paper 73: Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland.	
Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)39
BAMF-Projektjahrbuch 2015: Potenziale nutzen - Integration fördern39
Thomas Aye: BOZA BOZA – Eine szenisch gebaute Erzählung zum Thema Asyl und Abschiebung39

Der Workshop dient dazu, ehrenamtlich tätigen Personen einen Einblick in die Grundlagen des Asylverfahrens, des Aufenthaltsrechts für Geflüchtete und des Leistungsrechts zu geben. Zugleich wird über die rechtliche Situation bezüglich des Zugangs zu Sprachkursen, Bildung und Arbeit informiert.

Vorwissen ist nicht erforderlich. Ziel ist es, ein Grundverständnis für die Verfahrensgänge, die Asylsuchende durchlaufen, zu vermitteln. Angesichts des Umfangs kann es innerhalb der Themenbereiche Schwerpunktsetzungen entsprechend der Interessen der Teilnehmenden geben. Es werden auch Hinweise gegeben, wie eine hilfreiche Unterstützung aussehen kann.

Der Workshop richtet sich ausschließlich an ehrenamtlich in der Arbeit mit Geflüchteten tätige Personen.

Internet:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/service/beratung/#workshops>

PILOTPROJEKT „RETTUNG IN SICHT“ ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN

Der Integrationsbeauftragte übergibt Rettungsschwimmer-Zertifikate an syrische Geflüchtete

Am 30.03.2017 übergab Andreas Germershausen, Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration, an sechs syrische Geflüchtete Rettungsschwimmer-Zertifikate. Die Übergabe fand in feierlichem Rahmen im FEZ-Berlin statt, das die 6-monatige Ausbildung zum Rettungsschwimmer durchführte (siehe hierzu auch *BERLIN INTERNATIONAL Nr. 138, Dezember 2016, Seite 33*).

Das FEZ befähigte die sechs Auszubildenden zur Rettungsschwimmerprüfung, zwei Teilnehmer wurden in Silber geprüft, vier in Gold.

Als erfolgreich geprüfte Rettungsschwimmer haben die Teilnehmer hohe Chance auf dem Arbeitsmarkt. Rettungsschwimmer, die sowohl Deutsch als auch Arabisch sprechen, werden dringend gebraucht.

Nachfolgend hierzu die Pressemitteilung des FEZ:

Zertifikatsübergabe und Überreichung des Arbeitsvertrages: PILOTPROJEKT „RETTUNG IN SICHT“ IM FEZ-BERLIN ERFOLGREICH BEENDET!

„Es ist so weit: Endlich habe ich das Zertifikat zum Rettungsschwimmer“ postete Ramadan Al Zaher, einer der Teilnehmer von „Rettung in Sicht“, am 26. März 2017 auf Facebook.

Am 25. März endete im FEZ-Berlin das Pilotprojekt „Rettung in Sicht“. Sechs syrische Geflüchtete wurden im Rahmen eines sechsmonatigen Praktikums von Ok-

tober 2016 in der Schwimmhalle des FEZ-Berlin zu Rettungsschwimmern ausgebildet: Der gelernte Kfz-Mechaniker Ramadan Al Zaher, Mohammad Mahmoud, der Informatik studierte und sich politisch gegen das Regime engagierte, Mohamad Ezzat Mardini, Vater der Olympia-Teilnehmerin Yusra Mardini und selbst ehemaliger Trainer der syrischen Schwimmmannschaft, Ziad Kzzool, Familienvater und einstiger Fußballtrainer sowie Maher Hussein und Ahmad Hasan, die bereits in Syrien Rettungsschwimmer waren.

Während der Ausbildung erhielten die Teilnehmenden, die bereits als Rettungsschwimmer gearbeitet hatten, durch das Jobcenter Aufforderungen, sich bei den Berliner Bäderbetrieben zu bewerben. Eine solche Bewerbung ist aber nur mit einem deutschen Zertifikat und daher erst mit Bestehen der Rettungsschwimmerprüfung in Deutschland möglich. Das Ziel des FEZ-Berlin, die sechs Auszubildenden für die Prüfung zu befähigen, wurde in der Zwischenzeit mehr als erfüllt:

Trotz unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen wurden zwei Teilnehmer in Silber geprüft, vier in Gold. Einer der vier in Gold Geprüften konnte bei Ausbildungsbeginn kaum schwimmen.

Mit ihren Zertifikaten haben die Teilnehmer auf dem Arbeitsmarkt große Chancen: Arabisch- und deutschsprachige Rettungsschwimmer werden händeringend gesucht.

Alle Teilnehmenden nahmen am Deutschkurs der Sprachschule Sonnenschein im FEZ-Berlin teil und gingen abends zusätzlich in Volkshochschulkurse. Dadurch konnten sie ihre anfänglichen Sprachkenntnisse von A1 und A2 wesentlich verbessern: Zwei der Teilnehmer haben mittlerweile ein Sprachniveau von B1 und B2.

Auch praktische Berufserfahrungen konnten die angehenden Rettungsschwimmer bereits im FEZ-Berlin sammeln: Als Auszubildende nahmen sie nicht nur an Firmenfesten und Projekten teil, sondern hospitierten beim Unterrichten von Schulklassen und Schwimmkursen. Unter Anleitung betreuten sie später Schüler. Bei der Abschlussveranstaltung am Donnerstag, den 30.03.2017, erhielt einer der Teilnehmer einen Arbeitsvertrag als Rettungsschwimmer für die Schwimmhalle des FEZ-Berlin.

Folgeprojekte werden derzeit entwickelt. „Rettung in Sicht“ hatte Modellcharakter und soll auf andere Ausbildungsgewerke übertragen werden. Diesmal werden sozialbenachteiligte junge Menschen und Geflüchtete mit- und voneinander lernen.

Mit freundlicher Unterstützung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration

Die Porträts der Teilnehmer des Projekts, geschrieben von der Journalistin Eva-Lena Lörzer, finden Sie hier: <https://interkulturelle-arbeit.fe-z-berlin.de/projekt-rettung-in-sicht/>

Bild: copy_FEZ-Berlin

MEDIENSCHAU

Am 08. Dezember 2016 startet SpraBo, ein Projekt, das sich speziell an geflüchtete Menschen mit Interesse an Gesundheitsberufen richtet. Das Pilotprojekt von Charité, Vivantes und des IQ Landesnetzwerks Berlin verfolgt das integrationspolitisch wichtige Ziel, Geflüchteten eine berufliche Qualifizierung zu ermöglichen und damit ihren Zugang zum Arbeitsmarkt nachhaltig zu verbessern (siehe auch <http://www.berlin.de/lb/intmig/service/pressemitteilung/n/2016/pressemitteilung.539153.php> und BERLIN INTERNATIONAL Nr. 139).

Seitdem nimmt ein Dutzend Männer und Frauen an einem ersten Kurs zur Berufsorientierung für den Pflegebereich teil. Nach vier Wochen „Praktikum“ auf den Stationen des Vivantes Klinikums Kaulsdorf fällt die Bilanz sehr positiv aus:

<http://www.vivantes-blog.de/vivantes/sprabo-eine-zwischenbilanz-nach-den-ersten-4-praxiswochen/>



Das Landesrahmenprogramm

Integrationslotsinnen und Integrationslotsen – EIN BLITZLICHT AUS DER ARBEIT IN DER SOZIALEN NOTHILFE/OBDACHLOSENHILFE

...und ein Fall von Integration

Von Muzaffer Yigitler

Integrationslotsinnen und Integrationslotsen vom Lotsenprojekt unterstützen im Bereich der Sprachmittlung und der Antragshilfe an vier Tagen die Arbeit in der Sozialen Nothilfe im Amt für Soziales im Wedding. Dabei setzen sie gezielt ihre Sprachkompetenzen ein und gehen herkunftssensibel auf die Menschen zu und bieten Hilfe zur Selbsthilfe an.

Täglich werden sie mit individuellen Problemlagen konfrontiert, die eine Herausforderung darstellen, aber auch mit viel Freude belohnt werden, wenn die Dinge einer Lösung zugeführt wurden, so wie in dieser Geschichte:

Unsere Integrationslotsin steht bei der Wohnungsnothilfe an der Anmeldung und unterstützt mit kompetenter Sprachmittlung die Sachbearbeiterin vom Amt für Soziales. Ein syrischer junger Mann, ca. 24 Jahre alt, kommt eines Vormittags in die Wohnungsnothilfe. Er lebt seit ca. 1 1/2 Jahren in Deutschland. Als der junge Mann dann an der Reihe war, bemerkte die Lotsin, dass er am ganzen Leib zitterte und auch weinte. Bevor

er ihr erzählen konnte, mit welchem Anliegen er überhaupt das Amt aufsuchte, zeigte er ihr die Schnittwunde am Hals und erzählte und erwähnte immer wieder, dass es ihm ganz schlecht ginge. Diese Schnittwunde war das Ergebnis einer Gewalttat in Syrien.

Nach Deutschland kam er mit der Hoffnung, weiter studieren zu können. Alles lief wohl falsch bei ihm. Deswegen dachte er immer wieder auch an Selbstmordversuche. Währenddessen zeigte er ihr seine Pulsader, es waren Schnittspuren zu sehen. Je mehr der junge Mann von seinen Qualen erzählte, umso mehr musste die Integrationslotsin schlucken, um sich nicht anmerken zu lassen, dass sie diese Situation sehr emotional mitnahm. Das fiel ihr nicht leicht.

Er erzählte weiter, nachdem er zu der Lotsin Vertrauen gefunden hatte, dass er inzwischen unter starken Depressionen und Angstzuständen leide und regelmäßig psychologische Unterstützung in Anspruch nimmt. Die Unterkunft, in der er aktuell untergebracht ist, hat einen, für ihn zu langen Anfahrtsweg zur Psychologin. Seine Bitte sei nun, und dafür ist er hier zur Wohnungsnothilfe gekommen, ein Unterkunftswechsel. Das ist ihm sehr wichtig, zumal die Psychologin die einzige Person ist, die ihn versteht und auch begleitet. In dieser schwierigen Lage braucht er eine professionelle Unterstützung.

Seine Bitte wurde realistisch erfüllt und er bekam eine Unterkunft in der Nähe der Praxis. Die Integrationslotsin war dann auch sehr erleichtert, als er die Zusage bekam. Hatte sie doch auch mit ihrer sensiblen und zielführenden Sprachmittlung dazu beigetragen.

Der junge Mann suchte noch ca. 2 Mal die Wohnungsnothilfe wegen einiger Unterlagen auf, die er noch nachreichen musste. Bei seinem letzten Besuch machte er einen souveränen Eindruck und bedankte sich auch bei der Integrationslotsin für die positive Entscheidung mit einem herzlichen Lächeln.

Das ist der schönste Lohn für gelungene Integrationslotsentätigkeit!

Integration ist, wenn man sich angekommen und angenommen fühlt.

Mein Name ist Alan Ibo, ich bin ein Flüchtling aus Syrien und lebe seit eineinhalb Jahren in Deutschland. Und ich kann es kaum glauben, ich habe die Chance bekommen, als Integrationslotse im Flüchtlingsbürgeramt zu arbeiten. Ich freue mich sehr, dass man mir Vertrauen schenkt.

Am Anfang, hatte ich schon einige Schwierigkeiten und es fühlte sich seltsam an. Ich konnte noch nicht wirklich richtig Deutsch und arbeite jetzt als Sprachmittler und Lotse. Da meine Sprache nicht perfekt war, hatte ich Zweifel, ob ich es schaffe, die Sprachbarrieren zwischen Sachbearbeitern des Flüchtlingsbürgeramtes und den Ratsuchenden zu überwinden. Es ging Tag für Tag besser!

Ich war für die geflüchteten Menschen so etwas wie ein Vorbild, so kurz in Deutschland und schon eine Arbeitsstelle an so einem wichtigen Ort. Ich ermuntere sie Mut zu haben und mit Ausdauer und Engagement ihr Ziel zu verfolgen. Ich kann sie verstehen, fühle wie sie denken und biete ihnen an zu lernen, wie die Dinge hier laufen. Manche Menschen fragen sie mich immer die gleiche Frage: „Wie hast Du es geschafft?“ Ich antworte darauf, dass ich, obwohl ich noch nicht lange hier bin, viel erreicht habe, weil ich offen und zielstrebig Deutsch gelernt habe, Kontakte gesucht und Unterstützung angenommen habe.

Ich möchte Ihnen Vorbild sein und sage Ihnen immer mit Nachdruck, dass Deutschland ein Land mit vielen Chancen ist, die man natürlich mit viel Eigeninitiative suchen und annehmen muss. Ich bedanke mich, dass ich hier eine große Möglichkeit bekommen habe, etwas wiederzugeben, was man mir entgegengebracht hat.

Muzaffer Yigitler
ist Integrationslotsin vom Lotsenprojekt „die Brücke“

bildungsmarkt waldenser gmbh Lotsenprojekt „die Brücke“

Telefon: (030) 45020882
Beratungssprachen: Arabisch, Türkisch, Farsi, Russisch, Kurdisch, Polnisch, Spanisch, Serbisch, Englisch
Kontaktdaten: Lotsenprojekt „die Brücke“ Hochstädter Str.16 13347 Berlin
Öffnungszeiten: Täglich von 8.30 Uhr bis 15.30 Uhr
http://www.berlin.de/lb/intmig http://www.bildungsmarkt.de

Kontakt zum Landesrahmenprogramm

Kai Leptien, Landesrahmenprogramm
Integrationslotsinnen und Integrationslotsen
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin
Telefon: (030) 9017 2345, Fax: (030) 9017 2320
E-Mail: Kai.Leptien@intmig.berlin.de
Internet:
<http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/integrationslotsinnen/>

IQ LANDESNETZWERK BERLIN



Neue Leiterin des IQ Landesnetzwerks Berlin

Alev Deniz übernimmt die Leitung des IQ Landesnetzwerks Berlin im bundesweiten Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“

Frau Deniz ist diplomierte Sozialwissenschaftlerin und war zuletzt als Programmkoordinatorin in der ESF-Regiestelle des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend tätig. Dort hat sie unter anderem das ESF-Bundesprogramm „Stark im Beruf – Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein“ koordiniert.

„Jetzt freue ich mich auf die spannende Aufgabe, die bisherige gute Arbeit des Landesnetzwerks Berlin fortzuführen und weiter auszubauen“, sagt Frau Deniz anlässlich ihres Neuanfangs.

Das Landesnetzwerk verfolgt gemeinsam mit 15 Projektpartnern das Ziel, die berufliche Integration von erwachsenen Migrantinnen und Migranten nachhaltig zu stärken. Zentrale Tätigkeitsfelder sind: Beratung und Coaching von Menschen mit ausländischen Abschlüssen, die einen Antrag auf Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse stellen wollen, die Ermittlung beruflicher Kompetenzen sowie die Interkulturelle Öffnung von relevanten Arbeitsmarktakteuren.

Das IQ Landesnetzwerk Berlin ist Teil des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ und beim Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration angesiedelt. Das Programm wird aus den Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert. Partner in der Umsetzung sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Bundesagentur für Arbeit (BA). Mehr zum IQ Landesnetzwerk Berlin finden Sie hier: <http://www.berlin.netzwerk-iq.de/>

Kontakt zum IQ Landesnetzwerk Berlin

Koordinationsstelle des IQ Landesnetzwerks Berlin

Büro des Beauftragten des Senats
für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin
Tel.: (030) 9017 2361

E-Mail: Alev.Deniz@intmig.berlin.de
Internet: <http://www.berlin.netzwerk-iq.de>

01.03.2017, 10:32 Uhr –
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Arbeitssenatorin Breitenbach:

„QUALIFIZIERUNG FÖRDERN - DEQUALIFIZIERUNG VERMEIDEN“

Zu dem aktuellen Arbeitsmarktbericht erklärt die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Elke Breitenbach:

„Weiterhin positiv ist die Entwicklung auf dem Berliner Arbeitsmarkt. Dennoch sind 179.603 Menschen in Berlin arbeitslos. Das sind immer noch viel zu viele. Natürlich kann man - wie derzeit - über eine längere Bezugsdauer von ALG I diskutieren. Doch es geht nicht darum, das Abrutschen in Hartz IV hinausschieben, sondern Arbeitslosigkeit und Armut zu verhindern. Es ist nicht hinnehmbar, dass ausgebildete Menschen mit all ihren Kenntnissen und Erfahrungen in die Dequalifizierung geraten. Stattdessen müssen Fördermittel dafür genutzt werden, um gezielt die dringend benötigten Fachkräfte aus- und weiterzubilden.“

Nach wie vor ist der Bund gefordert, gesetzliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche und nachhaltige Integration Langzeitarbeitsloser in Arbeit zu schaffen. Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren ist der weitaus bessere Weg gegenüber einem Versprechen, länger Arbeitslosengeld zu zahlen.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

02.03.2017, 13:55 Uhr
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
BERATUNG GEGEN ARBEITSAUSBEUTUNG
Senatorin Breitenbach besucht Beratungsstellen für Migrantinnen und Migranten (BeMi) und Entsandte Beschäftigte (BeB)

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der DBG Berlin-Brandenburg teilen mit:

Arbeitssenatorin Elke Breitenbach hat heute die arbeits-, sozial- und aufenthaltsrechtlichen Beratungsangebote im Berliner DGB-Haus besucht. Dabei informierte sich Arbeitssenatorin über die aktuellen Erfahrungen in der Beratung und tauschte sich mit der DGB-Bezirksvorsitzenden Doro Zinke über notwendige Maßnahmen gegen Arbeitsausbeutung, soziale Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten und über Integrationsmöglichkeiten der Geflüchteten in Berlin aus.

Die Beraterinnen berichteten von der steigenden Zahl ratsuchender Menschen mit Migrationshintergrund, von Geflüchteten und in Berlin arbeitenden EU-Bürgerinnen. In der Beratung geht es unter anderem um Arbeitsausbeutung und prekäre Beschäftigung etwa im Baugewerbe (Kettenbefristungen in der Leiharbeit

und die Entsendung von Scheinselbständigen), in der Gastronomie, im Hotelwesen und der Pflege. So wurde beispielsweise zwei Männern aus Moldawien legale Arbeit am Bau versprochen; stattdessen wurden sie auf wechselnden Baustellen in Berlin und Potsdam als Schwarzarbeiter eingesetzt und mussten 600 Euro Monatsmiete für eine Matratze in einer Arbeiterwohnung zahlen. Auch bei der Einforderung ihrer sozialrechtlichen Ansprüche und in aufenthaltsrechtlichen Fragen erhielten viele Menschen muttersprachliche Unterstützung der Beratungsstellen. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 8.000 Menschen durch die Stellen im DGB-Haus beraten, davon etwa 10 Prozent Geflüchtete.

Die Beratungsstellen werden im Auftrag des DGB Berlin-Brandenburg von ARBEIT UND LEBEN e.V. betrieben und durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gefördert.

Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales:

„Gerade geflüchtete Menschen aus anderen Kultur- und Rechtskreisen laufen besonders Gefahr, zu prekären Bedingungen beschäftigt zu werden oder sogar von Arbeitsausbeutung bedroht zu sein. Es ist daher wichtig, sowohl bei den Geflüchteten als auch bei deren Unterstützer/innen durch arbeitsrechtliche Schulungen Sensibilität zu wecken. Vor allem durch die Schulung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie Arbeitsvermittler/innen oder Volkshochschuldozent/innen sollen Kenntnisse über das deutsche Arbeitsrecht breit gestreut werden. Es wäre fatal, wenn die Unerfahrenheit und Not der bei uns Schutz Suchenden durch Arbeitsausbeutung ausgenutzt würde. Dem ist unbedingt durch präventive Maßnahmen zu begegnen.“

Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg:
„Es gibt einen großen Bedarf an muttersprachlicher Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen. Viele Menschen aus den europäischen Nachbarländern, aber auch zunehmend Geflüchtete werden auf dem Bau, in Hotels, Gastronomie und anderen Branchen zu oft zu inakzeptablen Bedingungen beschäftigt. Sie sind unter großem Druck, Geld zu verdienen und haben meiste keine Kenntnis ihrer Arbeitsrechte in Deutschland. Gerade mit der zunehmenden Zahl Geflüchteter steigt darum die Gefahr der Arbeitsausbeutung in Berlin, der wir entschieden entgegentreten müssen. Dafür brauchen wir präventive Aufklärung und Beratungsangebote zusammen mit massiven Kontrollen der Ermittlungsstellen von Zoll und Sozialversicherung und gleichzeitig einen besseren Zugang zum legalen Arbeitsmarkt für Flüchtlinge.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

16.03.2017, 13:20 Uhr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Arbeitssenatorin Elke Breitenbach

zum Equal Pay Day 2017 am 18. März:

„ARBEIT VON FRAUEN

MUSS GESELLSCHAFTLICH GLEICH

GESCHÄTZT UND ENTLOHNT WERDEN

WIE DIE VON MÄNNERN“

Immer noch verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich 21 Prozent weniger als Männer. Dazu erklärt Berlins Arbeitssenatorin Elke Breitenbach:

„Auch wenn diese Lohnlücke in Berlin derzeit bei rund 14 Prozent und damit unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt, ist das kein Grund zur Freude. Der Wert der Arbeit ist geschlechterneutral. Deshalb bleibt die Forderung, dass Frauen für gleiche Arbeit auch gleich bezahlt werden müssen. In der Lohnpraxis sieht das leider anders aus. Zwar garantieren verschiedene Gesetze die Gleichstellung von Frauen und Männern - auch in der Arbeitswelt - doch in der Realität ist sie noch längst nicht angekommen. Daran wird auch das kürzlich im Bundeskabinett verabschiedete Entgelttransparenzgesetz nicht viel ändern.“

Frauen werden nicht nur schlechter entlohnt; ihr Potential auf dem Arbeitsmarkt bleibt nach wie vor schlecht genutzt. Unternehmen sind daher aufgerufen, nicht nur einzelne Maßnahmen zur Förderung von Frauen zu initiieren, sondern ernsthaft und systematisch gleiche Perspektiven für Frauen und Männer zu schaffen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Teil ihrer Unternehmenskultur zu machen.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

16.03.2017, 10:23 Uhr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Senatorin Elke Breitenbach:

**BESSERER ZUGANG VON GEFLÜCHTETEN
ZU AUSBILDUNG UND IN DEN ARBEITS-
MARKT IST SCHLÜSSEL ZUR INTEGRATION**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Die Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Elke Breitenbach nimmt an ihrer ersten Integrationsministerkonferenz teil, die am 16. und 17. März 2017 im baden-württembergischen Friedrichshafen stattfindet. Der Leitantrag der 12. Integrationsministerkonferenz formuliert unter der Überschrift „Integration schafft Zusammenhalt – Von der Soforthilfe zur Alltagsintegration“ Anforderungen an eine zeitgemäße Integrationspolitik.

Kern der Alltagsintegration seien Arbeit und Ausbildung für Geflüchtete, so Senatorin Breitenbach. „Berlin wird deshalb einen Antrag einbringen, um den Zugang zur Erwerbstätigkeit für Asylsuchende und Geduldete weiter zu erleichtern. Eine berufliche Perspektive ist nicht nur für die Geflüchteten selbst eine wichtige Voraussetzung, sondern auch die Unternehmen profitieren von der Motivation und Qualifikation vieler Zugewanderter. Jedoch ist es für Unternehmen oftmals noch viel zu schwierig, die langen und wenig transparenten Verfahren zur Zulassung von Geflüchteten auf den Arbeitsmarkt abzuwarten. Für bessere Rahmenbedingungen zur beruflichen Integration und einer damit verbundenen gesellschaftlichen Teilhabe von Zugewanderten werde ich mich auf der Konferenz stark machen. So haben wir auch einen Beschlussvorschlag eingebracht, der bereits eine Duldung zu Ausbildungszwecken für die Dauer einer Einstiegsqualifikation fordert.“

Die Geflüchteten wollen arbeiten, etwas lernen, sie wollen hier ein normales Leben führen und nicht dauerhaft zur Untätigkeit verdammt und von Transferleistungen abhängig sein. Wir werden deshalb in Berlin ein Konzept erarbeiten, um hier als Land zügig voranzukommen und die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Dazu gehört ebenfalls, die im Ausland erworbenen Qualifikationen – auch Teilqualifikationen – schneller anzuerkennen.“

Das Land Berlin wird auf der Integrationsministerkonferenz zudem einen Antrag zur Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes vorlegen. Senatorin Elke Breitenbach: „Das Staatsangehörigkeitsrecht muss der Realität hier im Lande angepasst werden. Schon jetzt hat mehr als die Hälfte aller eingebürgerten Menschen zwei Pässe. Zugewanderte müssen auch zwei Staatsbürgerschaften behalten können. Niemand soll mehr gezwungen sein, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

24.03.2017, 10:00 Uhr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

FÖRDERUNG

FÜR EHRENAMTLICHE INITIATIVEN IM

EINSATZ FÜR GEFLÜCHTETE MENSCHEN

Frist: **30.04.2017**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sowie der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin teilen mit:

Gesellschaftliche Teilhabe für geflüchtete Menschen ist ein zentrales Ziel in der offenen Stadtgesellschaft in Berlin. Dafür setzen sich viele Berlinerinnen und Berliner in ihrer Freizeit selbstorganisiert und freiwillig ein. Das Land Berlin fördert diesen Einsatz für geflüchtete

Menschen und unterstützt ehrenamtliches Engagement.

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales stellt zur Umsetzung des „Masterplans Integration und Sicherheit“ Mittel zur Verfügung, um kleine Projekte und Initiativen zu unterstützen, deren freiwilliges Engagement gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen fördert.

Im Fokus der Leistungen sollen die geflüchteten Menschen selbst als Ideengeber und Mitgestalter der Projekte stehen. Sie sollen durch die Initiativen die Möglichkeit haben, eigenverantwortlich bei der Umsetzung der Maßnahmen mitzuwirken und diese aktiv zu formulieren.

Gefördert werden ehrenamtliche Initiativen und Kleinprojekte in Berlin. Auch ehrenamtliche Initiativen, die nicht als gemeinnützig anerkannt sind, können unter bestimmten Bedingungen (siehe Antragsformular) eine Förderung erhalten.

Je Initiative bzw. Antragsteller können bis zu 10.000 Euro beantragt werden. Für Projekte mit Modellcharakter stehen im Einzelfall bis zu 20.000 Euro zur Verfügung. Der Mindestbetrag je Förderung/Einzelantrag liegt bei 1.000 Euro.

Die Ausschreibung, Ausreichung und Abrechnung dieser Mittel erfolgt im Auftrag der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V.

Anträge können ab sofort gestellt werden. Dazu muss ein vollständig ausgefülltes Antragsformular eingereicht werden. Der letzte Einsendetermin für vollständige schriftliche Anträge (siehe Antragsformular) ist der 30. April 2017.

Weitere Informationen zu Bedingungen und Antragstellung erhalten Sie über diesen Link:
<http://www.paritaet-berlin.de>.

Das ausgefüllte Antragsformular senden Sie bitte unterschrieben im Original mit allen erforderlichen Anlagen (siehe Antragsformular) unter dem Stichwort: „Masterplan 2017“ an:

Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin e.V.
Sekretariat Geschäftsstelle Bezirke
Kollwitzstraße 94-96
10435 Berlin.

Fragen zur Förderung beantwortet: Nadine Wittek, Telefon: (030) 86 001-626

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

29.03.2017, 12:58 Uhr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

VOM FLÜCHTLING ZUM BUFDI - LAF vermittelt Freiwillige

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten teilt mit:

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) vermittelt ab dem 1. April Einsatzstellen für Bundesfreiwillige. Das Angebot ist Teil des bundesweiten BFD-Sonderprogramms „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“. Das Programm richtet sich sowohl an Geflüchtete als auch an Bürgerinnen und Bürger, die sich für Flüchtlinge engagieren wollen. Ziel ist es, die Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft zu fördern und engagierten Menschen in der Flüchtlingshilfe die Möglichkeit zu geben, den Rahmen des BFD für ihre Arbeit zu nutzen. Das Anliegen des BFD ist es, möglichst vielen Menschen die Chance geben, sich sozial und kulturell zu engagieren oder sich beruflich zu orientieren.

Claudia Langeheine, Präsidentin des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten: „Ich freue mich, dass wir nun Interessierten Plätze im Rahmen dieses Programms vermitteln können. Dadurch wird das Engagement von und für Geflüchtete gestärkt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesem Programm bekommen die Chance, erste Erfahrungen in unserer Arbeitswelt zu sammeln und ihre deutschen Sprachkenntnisse zu erweitern. Menschen, die sich ehrenamtlich für Geflüchtete engagieren wollen, erhalten durch die Teilnahme am BFD-Sonderprogramm eine gute Basis für ihre Arbeit und erwerben bzw. vertiefen dabei ihre interkulturellen Kompetenzen.“

Ab dem 1. April werden die ersten von bis zu 60 Bundesfreiwilligen mit Flüchtlingsbezug ihre Arbeit aufnehmen. Je nach Einsatzort sind ganz unterschiedliche Tätigkeiten gefragt, z.B. in Kindergärten, Stadtteilzentren, Freizeiteinrichtungen, Beratungs- und Begegnungszentren oder Bibliotheken und Verwaltungseinrichtungen. Die Bundesfreiwilligen erhalten monatlich bis zu 300 Euro Taschengeld, darüber hinaus Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Bei Geflüchteten wird das Taschengeld zum Teil mit den gewährten Sozialleistungen verrechnet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden während ihres 6 bis 12-monatigen Einsatzes pädagogisch begleitet. Bei Bedarf können Geflüchtete im Rahmen des Programms einen Deutschkurs belegen.

Interessierte können sich an die Geschäftsstelle BFD mit Flüchtlingsbezug im LAF wenden unter
bundesfreiwilligendienst@laf.berlin.de.

Auch eine individuelle telefonische Beratung ist möglich unter Tel.: (030) 90225 - 1316. Mehr Informationen gibt es auf der LAF-Homepage unter:

<http://www.berlin.de/laf/>.

Bei Rückfragen:

Monika Hebbinghaus
 Pressereferentin
 Tel: (030) 90225-1015
 Mobil: (0151) 1625 4356

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
 Bundesallee 171
 10715 Berlin

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit
 und Soziales, Telefon: (030) 90225-1008

Reinickendorf: PROJEKT „ZWISCHEN HIMMEL UND ERDE“ GEHT IN DIE ZWEITE RUNDE

An Reinickendorfer Schulen werden durch Geflüchtete, Eltern und Nachbarn gemeinsam Klassenräume, Flure und Treppenhäuser farblich neu gestaltet.

Nachdem im Herbst 2016 eine Gruppe von 16 geflüchteten Männern gemeinsam mit Mitgliedern der Apostel-Petrus-



Gemeinde und Mitgliedern des Netzwerkes „Willkommen in Reinickendorf“ unter fachlicher Anleitung sowie finanzieller Unterstützung durch Reinickendorfer Unternehmen einen Spielplatz für die Kinder im Märkischen Viertel gebaut haben, startet nun der zweite Teil des Projektes.

Auch dieses Mal geht es darum, dass geflüchtete Menschen gemeinsam mit Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürgern sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen und sich ehrenamtlich für andere einsetzen.

An Reinickendorfer Schulen werden durch Geflüchtete, Eltern und Nachbarn gemeinsam Klassenräume, Flure und Treppenhäuser farblich neu gestaltet.

„Durch dieses Projekt entsteht ein neuer Begegnungsraum für alle Beteiligten, bei dem neues Verständnis füreinander wachsen kann und sich Perspektiven verändern können. Gemeinsam können Dinge bewegt werden, die wir uns allein nicht zutrauen“, so der Bezirksstadtrat für Wirtschaft, Gesundheit, Integration und Soziales Uwe Brockhausen.

Die Idee ist, nach Möglichkeit dort Schulen zu renovieren, wo Turnhallen für die Versorgung geflüchteter Menschen beschlagnahmt wurden. Über den Zeitraum von drei Wochen soll als erstes die Ellef-Ringnes-Grundschule im Eperlgrund in Heiligensee verschönert werden.

Unterstützt wird dieses Projekt durch zahlreiche Berliner Unternehmen und dem Olympiasieger Robert Harting, der die Schirmherrschaft übernommen hat. Die Ini-

tiatoren sind abermals die Evangelische Apostel-Petrus-Gemeinde, das Diakonische Werk Reinickendorf und der Reinickendorfer Integrationsbeauftragte.

Internet: <http://zwischen-himmel-und-erde.berlin/>
<http://www.wir-netzwerk.de/index.php>
<http://www.ellef-ringnes-grundschule.de/de/>

Integrationsbeauftragter Reinickendorf:
<http://www.berlin.de/ba-reinickendorf/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/>

[PM BA Reinickendorf; RED]

Aus dem Landespressedienst

28.02.2017, 13:08 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

SENATSWERWALTUNG FÜR INNERES UND SPORT VERBIETET VEREIN „FUSSILET 33 E.V.“

Aus der Sitzung des Senats am 28. Februar 2017:

Der Verein „Fussilet 33 e.V.“ ist verboten. Heute wurde ihm die Verbotsverfügung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zugestellt – begleitet von umfangreichen Durchsuchungsmaßnahmen. „Fussilet 33 e.V.“ ist damit ab sofort jede Tätigkeit untersagt. Die Bildung von Ersatzorganisationen – z.B. in neuen Moscheeräumlichkeiten – ist ebenfalls verboten. Das Vermögen des Vereins wird beschlagnahmt und eingezogen. Darüber hat der Senator für Inneres und Sport, Andreas Geisel, heute den Senat unterrichtet. Im Januar hatte er angekündigt, Vereine konsequent zu verbieten, die Vereinigungen innerhalb oder außerhalb des Bundesgebiets unterstützen, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen, befürworten oder androhen. Bei dem Verein „Fussilet 33 e.V.“, dessen Moschee wiederholt auch Anlaufpunkt von Anis Amri war, handelte es sich um eine solche Vereinigung.

Berlins Innensenator Geisel sagte dazu: „Das heutige Verbot ist ein weiterer wichtiger Schritt bei der Bekämpfung des islamistischen Terrors. Berlin darf kein Ort für geistige Brandstifter sein. Wer meint, in unserer Stadt zur Gewalt aufrufen oder andere unterstützen zu können, die dies tun, der muss wissen: Wir haben sie im Blick und werden mit ihnen genauso verfahren wie mit „Fussilet 33 e.V.““

Maßgebliche Funktionsträger und Akteure des heute verbotenen Vereins sind wegen der Unterstützung terroristischer Vereinigungen im Ausland und der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten angeklagt oder bereits verurteilt worden. Die umfassende Verbotsverfügung belegt, dass der Verein „Fussilet 33 e.V.“ die Verbotsgründe des § 14 Abs. 2 Nr. 3 bis 5 des Vereinsgesetzes erfüllt. Darin heißt es: „Ausländervereine können verboten werden, soweit ihr

Zweck oder ihre Tätigkeit [...] Bestrebungen außerhalb des Bundesgebiets fördert, deren Ziele oder Mittel mit den Grundwerten einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung unvereinbar sind; Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer, religiöser oder sonstiger Belange unterstützt, befürwortet oder hervorrufen soll oder Vereinigungen innerhalb oder außerhalb des Bundesgebiets unterstützt, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen, befürworten oder androhen.“

Der Verein befürwortete Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung religiöser Belange und unterstützte mit dem sog. Islamischen Staat (IS) und der Junud al-Sham („Soldaten Syriens“) islamistische Vereinigungen außerhalb des Bundesgebiets, die Anschläge gegen Personen und Sachen veranlassen.

Durch den Verein wurden konkret Spenden für terroristische Gruppierungen bzw. für Mitglieder des Vereins gesammelt und zugeführt, die sich diesen bereits angeschlossen haben. Es wurden in den Vereinsstrukturen Kämpfer für den bewaffneten Jihad in Syrien und/oder den Irak rekrutiert. Zudem erfolgte durch den Verein und seine Mitglieder eine Verherrlichung des bewaffneten Jihads und des religiös motivierten Terrorismus.

Im Rahmen der Vollstreckung von gerichtlichen Durchsuchungsbeschlüssen wurden heute in Berlin neben der Moschee in der Perleberger Straße Wohnungen, Gewerberäume sowie Hafträume in den Justizvollzugsanstalten Moabit und Tegel durchsucht. In Vollzugshilfe wurden darüber hinaus länderübergreifend zwei weitere Wohnungen in Brandenburg und Hamburg durchsucht.

Rückfragen: Sprecher der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Telefon: (030) 90223-2730

01.03.2017, 11:30 Uhr

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

RADIKALISIERUNGSPRÄVENTION UND DERADIKALISIERUNG: BÜNDELUNG DER UMFASSENDEN ANGEBOTE IN BERLIN

Ab heute ist die Berliner Beratungsstelle „KOMPASS - Toleranz statt Extremismus“ an die bundesweite Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angeschlossen. Damit wird das bestehende Angebot für die Deradikalisierungs- und Ausstiegsbegleitung im Bereich des extremistischen Salafismus weiter ausgebaut. Neben dem langjährigen Partner des Bundesamtes in diesem Themenfeld, HAYAT Deutschland, sind nun ab sofort auch die Angebote des Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention über die telefonisch und per Internet erreichbare Anlaufstelle verfügbar.

Berlins Innensenator Andreas Geisel sagte dazu: „Die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit ist ein ganz

wesentlicher Bestandteil bei der Bekämpfung des islamistischen Extremismus. Dies ist für unsere Sicherheit von hoher Bedeutung. Insofern freue ich mich, dass wir in diesem Bereich eng mit dem BAMF zusammenarbeiten können.“

Dr. Uta Dauke, Vizepräsidentin des Bundesamtes, ergänzt: „Bei der Beratung rund um das Thema Radikalisierung bringt eine Bündelung der Kräfte viele Vorteile – vor allem auch für die Betroffenen. Denn wir wissen aus unserer täglichen Arbeit, wie wichtig es gerade für emotional belastete Ratsuchende ist, frühzeitig kompetente Hilfsangebote zu erhalten.“

Die Beratungsstelle Radikalisierung beim BAMF leistet wertvolle Arbeit als erste Anlaufstelle. Hilfesuchende wie Eltern, Angehörige, Freunde oder Aussteigewillige selbst sowie Lehrkräfte und Mitarbeiter aus dem Flüchtlingsbereich werden bei entsprechendem Bezug nach Berlin zur weiteren Beratung an die Fachleute von HAYAT-Deutschland und nun auch Violence Prevention Network e. V. (KOMPASS) weitergeleitet, die die konkrete Deradikalisierungs- und Ausstiegsarbeit leisten.

Mit dem Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention wird seit dem 1. Januar 2016 ein breites Portfolio an verschiedenen Projekten in diesem Themenfeld angeboten: Workshops an Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Aufklärungsveranstaltungen für Mädchen und junge Frauen, Präventionsaktivitäten im Bereich der sozialen Medien, Angebote für jugendliche Geflüchtete sowie die Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren. Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt hat am 15. Februar 2017 die Projektförderung für 2017 mit einem Finanzvolumen von 2 Mio. Euro beschlossen.

Weitere Informationen zum Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention bzw. zur Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge finden Sie unter:

<http://www.berlin.de/lb/lkbgg/landesprogramm/> und <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Beratung/beratung-node.html>

Telefonisch ist die Beratungsstelle Radikalisierung unter 0049 911 943 43 43 zu erreichen.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-2732

01.03.2017, 15:04 Uhr
Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

BESSERER SCHUTZ VOR DISKRIMINIERUNG AUF DEM WOHNUNGSMARKT

Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung wird eine Fach- und Koordinationsstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt einrichten und hat dazu heute ein Interessenbekundungsverfahren gestartet. Dazu erklärt Senator Dirk Behrendt:

„Wir sagen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt den Kampf an. In Berlin dürfen weder Kopftuch, Kippa noch Rollstuhl ein Nachteil bei der Wohnungssuche sein. Wir wollen eine vielfältige Stadt, in der sich alle Menschen in allen Stadtteilen wohlfühlen können.“

Der Bedarf für die Fach- und Koordinationsstelle wird von vielen Akteur*innen aus der Antidiskriminierungsarbeit, Mieterverbänden und Stadtteilinitiativen als sehr hoch eingeschätzt. Insbesondere die ethnische Herkunft und Sprache können Ausgrenzungen und Benachteiligung auf sich ziehen. Das Risiko einer Benachteiligung wird durch eine sichtbare Religionszugehörigkeit nochmals deutlich erhöht. Die Fach- und Koordinationsstelle wird auch Menschen helfen, die aufgrund von Familien- und sozialem Status, Alter oder Behinderung Diskriminierung erfahren. In der aktuellen Situation sind auch geflüchtete Menschen und Projekte, die sich für sie einsetzen, einem hohen Diskriminierungsrisiko ausgesetzt. Die angespannte Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt verschärft diese Probleme.

Mit den zu vergebenden Fördermitteln soll die existierende Beratungsinfrastruktur um eine Fach- und Koordinationsstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ergänzt und ein kooperativ angelegtes Interventionssystem etabliert werden. Träger mit den erforderlichen Kompetenzen und Erfahrungen, vor allem im Handlungsfeld der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, haben bis zum 20.03.2017 die Möglichkeit, sich für die Förderung zu bewerben. Eine Studie zu Interventionsmöglichkeiten gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, die Ausschreibung und das Bewerbungsformular finden Sie hier:

<http://www.berlin.de/lb/ads/beratung/diskriminierung/wohnungsmarkt/artikel.566259.php>

Bei Rückfragen: Sebastian Brux, stellvertretender Pressesprecher, Tel. 9013-3644

07.03.2017, 09:44 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
Müller zum Internationalen Frauentag:

BEI GLEICHSTELLUNG UND HILFEN FÜR ALLEINERZIEHENDE IST NOCH VIEL ZU TUN

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, erklärt zum Internationalen Frauentag am 8. März 2017:

„Gute Arbeit für alle bedeutet auch gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Dieses Ziel ist noch immer nicht für alle Frauen Wirklichkeit. Das ist im 21. Jahrhundert endgültig nicht mehr hinnehmbar. Gleichstellungspolitik ist und bleibt deshalb ein zentrales Thema quer durch alle Ressorts und gesellschaftlichen Felder. Da darf sich niemand herausreden aus seiner Verantwortung und dabei mit dem Finger auf andere zeigen. Dabei sind insbesondere alleinerziehende Frauen in der Arbeitswelt existenziell auf Chancengerechtigkeit angewiesen.“

Müller weiter: „Ganz oben an stehen für den neuen Senat darum die Interessen und Bedürfnisse Alleinerziehender, insbesondere alleinerziehender Frauen in unserer Stadt. Wir begrüßen die vorgesehenen Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes. Das sind längst überfällige Verbesserungen, die sich unmittelbar auf die Situation der betroffenen Frauen und vor allem ihrer Kinder auswirken. Berlin wird alles tun, um eine zügige Umsetzung praktisch sicherzustellen. Wichtig ist uns außerdem, dass Leistungen aus Unterhaltsvorschuss und Kindergeld nicht weiter auf die SGB II-Leistungen angerechnet werden. Damit muss endlich Schluss sein.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

ROHBAU DER NÄCHSTEN DREI LANDESEI- GENEN GEMEINSCHAFTSUNTERKÜNFTE FÜR FLÜCHTLINGE FERTIGGESTELLT

Aller guten Dinge sind Drei: Am heutigen Donnerstag wird Richtfest für drei neue modulare Flüchtlingsunterkünfte (MUFs) gefeiert.

Diese entstehen derzeit in Pankow (Wolfgang-Heinz-Straße) und Marzahn-Hellersdorf (Albert-Kuntz-Straße sowie Rudolf-Leonhard-Straße) und sollen ab Sommer 2017 bezugsfertig sein.

Zur Reduzierung der Bauzeit wurden modulare Strukturen vorgegeben, die den Einsatz von Fertigelementen erlauben. Senatsbaudirektorin Lüscher ist von dem Konzept überzeugt: "Die Vorfabrikation im Werk sichert eine hohe Präzision und Qualität in der Ausführung, die modulare Bauweise spart Zeit und ermöglicht eine flexible Anpassung an die Gegebenheiten des jeweiligen Grundstücks trotz engem Kostenrahmen. So entstehen unterschiedliche Ensemble von hoher gestalterischer und räumlicher Qualität."

Das Richtfest würdigt die Fertigstellung des Rohbaus dieser drei Bauvorhaben, die vertragsgemäß komplett bis Sommer 2017 fertiggestellt werden sollen. Nach Übergabe der Einrichtungen an das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten bieten die Unterkünfte jeweils rund 450 Geflüchteten ein temporäres Zuhause.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen baut derzeit für das Land Berlin auf insgesamt zehn Grundstücken Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Telefon: 030 90139-4040

10.03.2017, 15:06 Uhr

Senatsverwaltung für Kultur und Europa

SOLIDARITÄTSGEDANKEN STÄRKEN

Anlässlich der Teilnahme am EUROCTIES Mayor Summit, der Europaministerkonferenz (EMK) und dem laufenden Treffen des Europäischen Rates in Brüssel erklärt Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa des Landes Berlin:

Solidaritätsgedanken stärken

Wenige Tage vor dem erwarteten Austrittsantrag Großbritanniens und vor dem 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge ist es notwendig, die gemeinsamen Werte der Europäischen Union – besonders die Solidarität, die Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte – aktiv zu stärken. Weder ein neues Hauptquartier für militärische Auslandseinsätze, noch die verstärkte Abschottung der EU-Außengrenzen, sind die benötigten Zeichen für Solidarität und Stabilität.

Die Europäische Union braucht Solidarität im Inneren bei der Gestaltung gemeinsamer sozialer Standards, beim Umgang mit den Krisenfolgen in Griechenland und anderen EU-Staaten und sie braucht die innere Solidarität bei der Verteilung und Integration von Geflüchteten.

Die von EU-Kommissionspräsident Juncker angesichts der Krise des europäischen Projektes mit seinem Weißbuch angestoßene Debatte spielte sowohl auf dem Eurocities Summit als auch auf der EMK in Brüs-

sel eine zentrale Rolle. Berlin wird sich sowohl daran beteiligen, mit den Institutionen und der Zivilgesellschaft progressive Impulse bei der Weiterentwicklung zu setzen, als auch auf einer Fortsetzung der Kohäsionspolitik mittels Infrastrukturfonds bestehen.

Die horizontale Kooperation mit anderen europäischen Städten und Regionen – etwa im Rahmen der Städteagenda – wird verstärkt.

Den Fehlentwicklungen der Austeritätspolitik, der mangelnden sozialen Ausrichtung und fehlender innereuropäischer Solidarität setzen wir die Bewegung eines „Europas von unten“ entgegen – in gemeinsamer Verantwortung für eine friedliche, nachhaltige und demokratische Entwicklung der EU.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Kultur und Europa, Telefon: (030) 90228-701/-702

13.03.2017, 10:30 Uhr

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

„BERLIN WÄCHST – DIE KRIMINALITÄT NICHT“

Berlins Innensenator Andreas Geisel und Polizeipräsident Klaus Kandt stellen Berichte zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) für das Jahr 2016 vor

Für das Jahr 2016 wurden in Berlin **568.860** Straftaten in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. Das sind trotz eines Bevölkerungszuwachses von gut 60.000 Menschen 689 Fälle weniger als 2015. Wie in den Vorjahren wird das Bild der Gesamtkriminalität fast zur Hälfte von Diebstahlkriminalität geprägt. Der Schwerpunkt liegt zum wiederholten Male auf Taschen- und Ladendiebstahl, gefolgt vom Diebstahl von und aus Kraftfahrzeugen sowie dem Fahrraddiebstahl.

Im vierten Jahr in Folge ist ein deutlicher Rückgang der Fallzahlen beim Raub festzustellen, während alle Formen der Körperverletzung insgesamt um 5,3 Prozentpunkte zugenommen haben.

Bei **Mord und Totschlag** konnte mit 92 Fällen (Rückgang um 17,9 Prozent) der niedrigste Wert der vergangenen zehn Jahre verzeichnet werden. Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wurden 60 Fälle mehr als 2015 registriert (2016: 2852). Stark zugenommen haben die bisher nicht zu den **Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung** zählenden Beleidigungen auf sexueller Grundlage – um 376 auf 1.255 Fälle (+42,8 Prozent). Möglicherweise besteht hier nach den Ereignissen in Köln zum Jahreswechsel 2015/2016 eine erhöhte Sensibilität, die zu einem veränderten Anzeigeverhalten und damit zu höheren Fallzahlen geführt hat.

Die **Jugendgruppengewalt** ist ein weiteres Jahr in Folge gesunken (Minus 7 Prozent); die **Straftaten in**

Bussen und Bahnen nahm hingegen um 10,4 Prozent zu. Das liegt vor allem an Taschendiebstählen.

Ungebrochen hoch bleibt der Druck bei den **Diebstahlsdelikten**. Vor allem die Taschendiebstähle sind trotz zahlreicher Präventionsanstrengungen, mehr Festnahmen und einer verbesserten Zusammenarbeit mit der Justiz, erneut um 10,7 Prozent auf insgesamt 44.722 angezeigte Taten gestiegen. Leicht positiv stellt sich die Entwicklung bei **Wohnraum-Einbrüchen** dar. Hier gab es nach 2015 auch 2016 einen Rückgang (von 11.815 in 2015 auf 11.507 in 2016). Beim **Wohnungseinbruch** wurde ein Rückgang um 2,9 Prozent auf 8.211 Fälle und beim Einbruch in **Villen und Einfamilienhäuser** ein Rückgang um 1,8 Prozent auf 3.296 Fälle verzeichnet.

Berlins Innensenator Andreas Geisel sagte bei der Vorstellung der Berichte: „Insgesamt ist das eine erfreuliche Entwicklung. Berlin wächst, die Kriminalität nicht. Ich weiß aber sehr wohl, dass sinkende Zahlen in der Statistik wenig Trost spenden für die, die Opfer einer Straftat geworden sind. An sie müssen wir auch denken und ihnen müssen wir helfen. Am besten tun wir das, indem wir die Täter schnell finden. Ich werde mich dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen für die Polizeiarbeit weiter zu verbessern: Für die Sicherheit, die Freiheit und die gesellschaftliche Vielfalt in unserer Stadt.“

Der Polizeipräsident Klaus Kandt: „Bei den schwersten Verbrechen wie Mord, Totschlag und Raub gibt es deutliche Rückgänge. Damit ist belegt: die ständig wiederholte Behauptung „es wird immer schlimmer“ ist falsch. Auch bei den Eigentumsdelikten gibt es erste positive Trends. Das alles ist aber kein Selbstläufer sondern das Ergebnis harter Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen. Da hilft es, dass wir in den nächsten Jahren mit einem Personalzuwachs rechnen können, um die Sicherheit in Berlin weiter zu verbessern.“

Seit 2015 enthält die PKS ein Kapitel „**Kriminalität im Zusammenhang mit Zuwanderung**“. Unter den 135.886 Tatverdächtigen zu allen in Berlin erfassten Straftaten – ohne ausländerrechtliche Verstöße – befinden sich 9.614 Tatverdächtige mit einem der folgenden Aufenthaltsstatus: Asylbewerber, International/national Schutzberechtigte, Duldung, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge und unerlaubter Aufenthalt. Das sind 2.834 Tatverdächtige mehr als im Vorjahreszeitraum.

Im Bereich der **politisch motivierten Kriminalität (PMK)** gibt es aufgrund des Anschlages auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz und den damit verbundenen polizeilichen Maßnahmen noch Erfassungsrückstände. Endgültige Fallzahlen für das Jahr 2016 liegen daher noch nicht vor. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 4112 Fälle gemeldet. Damit stieg das Fallaufkommen im Vergleich zum Vorjahr um 312 bzw. 8 Prozent. In 664 Fällen handelte es sich um Gewaltdelikte.

Im Phänomenbereich **politisch motivierte Kriminalität-Rechts** sanken die Fälle im Berichtsjahr von 1.666 auf 1588. Das ist ein Rückgang um 78 Fälle (- 5 Prozent). Die Fallzahlen bei den Gewaltdelikten stiegen um 15 auf 158 Fälle (+10 Prozent).

Bei der **politisch motivierten Kriminalität-Links** gab es 166 Fälle mehr (+ 16 Prozent). Insgesamt wurden in diesem Bereich 1.226 Fälle aufgenommen. Die Gewaltdelikte stiegen von 362 Fällen im Jahr 2015 auf 379 Fälle (+ 5 Prozent).

Bei der **politisch motivierten Ausländerkriminalität** stieg das Fallaufkommen um 121 (+41 Prozent) auf 413.

Die Kurzberichte zur Polizeilichen Kriminalstatistik Berlin 2016 und der Lagebericht zur politisch motivierten Kriminalität 2016 sind als Download im Internet verfügbar:

<http://www.berlin.de/sen/inneres/sicherheit/polizei/kriminalstatistiken-und-lagebilder/2016/artikel.514326.php>

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-2732

15.03.2017, 09:36 Uhr

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

ERSTE ANLAUFSTELLE FÜR UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE WEITERHIN IN STEGLITZ-ZEHLENDORF

In verschiedenen Medien wurde über eine neue Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Berlin-Treptow berichtet. Diese wurde wiederholt als neue zentrale Anlaufstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Berlin beschrieben. Das ist irreführend. Die Erstaufnahme- und Clearingstelle (EAC) für alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge befindet sich weiterhin in der Wupperstraße 17 in Steglitz-Zehlendorf. Die Aufnahme- und Clearingstelle ist rund um die Uhr geöffnet und organisiert die unverzügliche Aufnahme und Unterbringung der Jugendlichen.

Die neue Unterkunft in Treptow ist eine von derzeit sieben regulären Clearingeinrichtungen, die vom Land Berlin finanziert werden. Diese verfügen insgesamt über rund 200 Plätze. In diesen Einrichtungen werden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht, bis ihre Situation geklärt ist und sie in einer Einrichtung der Jugendhilfe, für die die Bezirke zuständig sind, aufgenommen werden können. Der Clearingprozess kann bis zu drei Monate dauern.

Außer in regulären Clearingeinrichtungen sind derzeit noch 276 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge während der Clearingphase in temporären Einrichtungen untergebracht, beispielsweise in Kinder- und Jugenderholungsstätten. Dort werden sie rund um die Uhr sozi-

alpädagogisch betreut. Die temporären Einrichtungen werden bis zum Sommer 2017 aufgegeben.

Anders als berichtet, werden keine unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge neu in Hostel untergebracht.

Rückfragen: *Pressesprecherin für Jugend und Familie,* *Iris Brennberger* *Tel.:(030) 90227 – 5601,

16.03.2017, 11:09 Uhr

Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
**ANSTIEG RECHTER, RASSISTISCHER,
ANTISEMITISCHER, HOMO- UND TRANS-
FEINDLICHER GEWALTTATEN 2016**

Zu den von der Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin (ReachOut) vorgestellten Zahlen der erfassten Angriffe 2016 erklärt der Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Dirk Behrendt:

„Der erneute Anstieg rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe bestätigt die These, dass sich nicht nur politische Diskurse verschieben. Aus hassefüllten Haltungen werden gewalttätige Handlungen. Das zeigt sich auch daran, dass im vergangenen Jahr nicht nur die rassistischen, antisemitischen, homo- und transfeindlichen Angriffe zunahmten. Auch die Taten im unmittelbaren Wohnumfeld haben sich mehr als verdoppelt und Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus und für Geflüchtete engagieren, sehen sich mit massiven Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen konfrontiert. Das verlangt deutliche Reaktionen von Polizei und Justiz für die Täter und unser aller Solidarität für die Opfer. Dass wir Menschen in diesen Situationen eine professionelle Hilfe über ReachOut anbieten können, zeigt, wie wichtig die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie ist. Wir müssen der Realität ins Auge blicken, dass wir auch im liberalen Berlin rechter Gewalt entschlossen entgegen treten müssen.“

ReachOut verzeichnete für das Jahr 2016 einen Anstieg von fast 20 Prozent bei rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten gegenüber 2015. Rassismus steht dabei als Tatmotiv im Vordergrund. Mehr erfahren Sie bei ReachOut: E-Mail: info@reachoutberlin.de, Tel.: (030) 695 68 339, Internet: <https://www.reachoutberlin.de/de>.

ReachOut ist ein Projekt von ARIBA e.V. und wird gefördert durch das Berliner "Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus": Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (<https://www.berlin.de/lb/ads/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/landesprogramm/>).

Bei Rückfragen: Sebastian Brux, stellvertretender Pressesprecher, Tel. 9013-3644

17.03.2017, 09:30 Uhr

Senatsverwaltung für Kultur und Europa

ABGABETERMIN ZUM HAUPTSTADTKULTURFONDS

Frist: **20.04.2017**

Der Kurator für den Hauptstadtkulturfonds, Dr. Joachim Sartorius, weist darauf hin, dass für eine Einzelprojektförderung aus dem Hauptstadtkulturfonds für das Jahr 2018 bis zum 20. April 2017 Anträge gestellt werden können.

Aus dem Hauptstadtkulturfonds werden aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Einzelmaßnahmen und Veranstaltungen gefördert, die für die Bundeshauptstadt Berlin bedeutsam sind, nationale und internationale Ausstrahlung haben und besonders innovativ sind. Der Fonds soll durch die Förderung aktueller kultureller und künstlerischer Projekte dazu beitragen, von Berlin aus den überregionalen und internationalen kulturellen Dialog aufzunehmen und zu festigen.

Die Vergabe der Einzelprojektförderung erfolgt auf der Grundlage der Empfehlungen der Jury durch den Gemeinsamen Ausschuss für den Hauptstadtkulturfonds unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Entscheidung zum Haushalt durch den Deutschen Bundestag und das Abgeordnetenhaus von Berlin.

Antragsteller/innen aus den Bereichen Theater und Tanz sollten zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits mindestens einmal eine öffentliche Förderung erhalten haben. Es wird darauf hingewiesen, dass die Premiere der geförderten Projekte in Berlin stattfinden muss.

Wir bitten Sie um eine Online-Bewerbung. Den Link zum Online-Formular sowie das Informationsblatt zur Ausschreibung finden Sie unter

<https://fms.verwalt-berlin.de/egokuef/>

Jeder Antrag muss in zweifacher Ausfertigung - einschließlich aller Anlagen - in deutscher Sprache und durch den Antragsteller unterschrieben eingereicht werden; bei Online-Anträgen erhalten Sie eine Druckschaltung, die - mit den entsprechenden Anlagen - zweifach und unterschrieben einzureichen ist.

Bitte beachten Sie, dass die Onlinebewerbung am Abgabetermin bis spätestens 18 Uhr abgesandt sein muss. Bitte senden Sie Ihre Bewerbung nach Möglichkeit früher ab, da es unmittelbar vor Fristende wegen der großen Häufung der Anträge zu längeren Wartezeiten kommen kann. Die persönliche Abgabe ist am 20. April 2017 von 10 bis 18 Uhr in der Brunnenstraße (Großer

Saal, 5. Etage) möglich. Bei postalischer Zustellung gilt der Poststempel.

Antragsteller, die das Antragsformular per Hand ausfüllen möchten, wenden sich bitte an die Geschäftsstelle; dies sollte nach Möglichkeit die Ausnahme sein.

Weitere Informationen erhalten Sie bei der Geschäftsstelle des Hauptstadtkulturfonds und auf unserer Webseite: <http://www.hauptstadtkulturfonds.berlin.de>.

Rückfragen: Daniel Bartsch, Telefon: (030) 90 228 203

21.03.2017, 12:22 Uhr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

STAATSEKRETÄR FÜR ARBEIT UND SOZIALES VERLEIHT BERLINER FREIWILLIGENPÄSSE

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Heute werden 107 Berlinerinnen und Berliner geehrt, die sich durch besonderes freiwilliges Engagement für Berlin verdient gemacht haben. Der Staatssekretär für Arbeit und Soziales Alexander Fischer wird ihnen im Rahmen einer Feierstunde im Roten Rathaus 88 FreiwilligenPässe und 19 FreiwilligenPässe Flüchtlingshilfe überreichen. Seit dem vergangenen Jahr werden die FreiwilligenPässe Flüchtlingshilfe für spezielles Engagement in diesem Bereich verliehen.

Die Ehrenamtlichen sind in 29 Organisationen aktiv. Die Organisationen haben die Ausgezeichneten für diese Ehrung vorgeschlagen.

Mit der Verleihung der FreiwilligenPässe, die zweimal im Jahr von der Senatssozialverwaltung ausgerichtet wird, bedankt sich das Land Berlin für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Ziel ist es, eine Kultur der Anerkennung des Ehrenamts zu etablieren und zu fördern. Zum Pass gehören ein Nachweis über freiwilliges ehrenamtliches Engagement sowie ein Zertifikat über Fort- und Weiterbildungen, die im Zusammenhang mit dem Engagement absolviert wurden. Zudem gibt es einen SchülerFreiwilligenPass, der jungen Menschen den Einstieg ins ehrenamtliche Engagement erleichtert. Diese werden im Mai in einer gesonderten Veranstaltung verliehen.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

21.03.2017, 11:36 Uhr

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Kunstwettbewerb

der Landeskommission Berlin gegen Gewalt – „DAS WIR SEHEN“

Der Vorsitzende der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Staatssekretär Christian Gaebler, hat im Rahmen des Kunstwettbewerbs „Das WIR sehen“ die ausgelobten Preise verliehen.

Mit dem Wettbewerb sollten Schülerinnen und Schüler lernen, auf das Gemeinsame und nicht auf das Trennende zu schauen, wenn ihnen unterschiedliche Kulturen und Lebensweisen begegnen. Aus 37 Wettbewerbseinsendungen wählte eine unabhängige Jury 9 Preisträger/innen aus.

- Den ersten Preis für die Grundschulen gewann Sophia Werle von der Papageno-Grundschule.
- Den ersten Preis für die Sekundarstufe 1 gewann Jannis Niehues, Klasse 9c der Katholischen Schule St. Franziskus.
- Den ersten Preis für die Sekundarstufe 2 gewann Rana Misliina Yörük vom Oberstufenzentrum Tiem. Dieses Siegerplakat wird ab heute 2000 Mal, 2 Wochen lang in U-Bahnhöfen und Wartehäuschen der BVG zu sehen sein.

Alle prämierten Werke und die Jurybegründungen finden Sie auf der Internetseite

<http://www.berlin.de/das-wir-sehen>

Weitere Informationen zum Wettbewerb erhalten Sie bei der

Geschäftsstelle

der Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Klosterstraße 47

10179 Berlin

Frau Violet

Telefon: (030) 90223- 2910

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport -
Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-2732

22.03.2017, 13:09 Uhr

Senatsverwaltung für Justiz,

Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Rehabilitierung und Entschädigung

der Opfer des § 175:

ENDLICH GERECHTIGKEIT – ABER NICHT FÜR ALLE

Das Bundeskabinett hat heute die Rehabilitierung und Entschädigung verurteilter Männer durch den Unrechtsparagrafen 175 StGB beschlossen. Das Land Berlin hatte dazu bereits 2012 und 2015 Initiativen in den Bundesrat eingebracht. Dirk Behrendt, Senator für

Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, erklärt dazu:

„Heute hat das Kabinett den Weg freigemacht, ein Stück nachkriegsdeutschen Unrechts zu korrigieren. Die Bundesrepublik Deutschland zeigt mit dem Kabinettsbeschluss Verantwortung für die Opfer des Paragraphen 175. Der Bundestag sollte das Gesetz zügig verabschieden und die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer von Paragraph 175 nicht hinauszögern. Dieses Thema taugt nicht für Wahlkampfmanöver. Zu lange und zu oft wurde in entschädigungspolitischen Fragen auf Zeit gespielt. Der Gesetzentwurf ist die späte Geste der Bundesrepublik Deutschland, den Opfern der Schwulenverfolgung mit Gerechtigkeit zu begegnen. Die Rehabilitierung und die Entschädigung der Verurteilten ist ein wichtiges Signal für über 50.000 Opfer. Leider bleiben damit jene Opfer der nachkriegsdeutschen Homosexuellenverfolgung unberücksichtigt, die zwar strafrechtlich verfolgt, denunziert und benachteiligt wurden, eventuell ihre Existenzen verloren, aber eben nicht verurteilt wurden. Empfehlenswert wäre auch die Schaffung eines Härtefonds, der Fälle aufhängt, in denen die gesetzlich vorgesehene Pauschale unzureichend erscheint.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand die von den Nazis verschärfte Fassung des Paragraphen 175 im Strafgesetz fort, der homosexuelle Handlungen unter Männern unter Strafe stellte. Die DDR kehrte damals zur Fassung der Weimarer Republik zurück und setzte den Paragraphen Ende der Fünfziger Jahre de facto außer Kraft, bevor sie ihn 1968 abschaffte. Erst 1969 entschärfte die Bundesrepublik die gefürchtete Norm. Homosexuelle Handlungen mit Jugendlichen blieben in der Bundesrepublik jedoch auch danach noch strafbar. Erst 1994 wurde der Paragraph 175 endgültig abgeschafft. In der NS-Zeit ergangene Urteile gegen Homosexuelle wurden 2002 aufgehoben, Urteile aus der Zeit danach nicht.

Rückfragen: Stellvertr. Pressesprecher Sebastian Brux,
Telefon: (030)9013-3644

22.03.2017, 13:50 Uhr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

ZEHN JAHRE

GEMEINSAMES LANDEsarbeitsGERICHT BERLIN-BRANDENBURG

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sowie das Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz Brandenburg teilen mit:

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg würdigten Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin, und Stefan Ludwig, Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, heute die erfolgreiche Zusammenar-

beit beider Länder auf dem Gebiet des Arbeitsrechts und der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung.

Senatorin Elke Breitenbach: „Das gemeinsame Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg wird mit vielen Entscheidungen für die Region Berlin-Brandenburg, aber auch überregional als wichtige Instanz wahrgenommen. Die Akzeptanz und Wertschätzung, die von der Rechtsprechung unseres Landesarbeitsgerichts ausgeht, ist auch ein Zeichen der fachlichen und persönlichen Kompetenz der hier tätigen Richterinnen und Richter und der nichtrichterlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich bin überzeugt davon, dass gerade die Zusammenarbeit der Berliner und Brandenburger Vorsitzenden Arbeitsrichterinnen und Vorsitzenden Arbeitsrichter gemeinsam mit den ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern aus den Betrieben und Einrichtungen in beiden Ländern den Blick auf die regionalen Besonderheiten geschärft hat. Der Rechtsprechung insgesamt hat dieses bundesweit größte Landesarbeitsgericht wichtige Impulse verliehen. Ich danke allen, die in den letzten zehn Jahren konstruktiv und mit großem Fleiß und viel Geduld an der praktischen Umsetzung der Fusion und der Etablierung des gemeinsamen Landesarbeitsgerichts mitgearbeitet haben.“

Herr Minister Ludwig: „Insgesamt kann sich der Stand unseres gemeinsamen Landesarbeitsgerichts bundesweit sehr gut sehen lassen. Das Gericht lag sowohl in seinem Gründungsjahr 2007 als auch nach den mir zuletzt vorliegenden Zahlen für 2015 jeweils im Bundesvergleich unter den Landesarbeitsgerichten mit sehr kurzen Verfahrenslaufzeiten und geringen Verfahrensbeständen auf den vordersten Plätzen. Damit zeigt sich, dass das Zusammengehen der beiden vorherigen Landesarbeitsgerichte deren guter Arbeit keinen Abbruch getan hat und man nun gemeinsam erfolgreich arbeitet.“

Die heutige Veranstaltung zum zehnjährigen Gerichtsjubiläum wurde von der amtierenden Präsidentin des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg, Dr. Ursula Hantl-Unthan, eröffnet. Nach den Grußworten der Senatorin und des Ministers berichtete Karin Aust-Dodenhoff, ehemalige Präsidentin des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg „Von den Herausforderungen bei der Errichtung eines gemeinsamen Landesarbeitsgerichts“.

Dem sich anschließenden „Resümee eines Errichtungsbeauftragten – Was bleibt?“ von Thomas Kloppeburg, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, und einem Überblick über „Die Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg - von der Vergangenheit in die Zukunft“ von Martin Dreßler, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg und Pressesprecher, folgte eine Podiumsdiskussion zum Thema „Datenschutz im Arbeitsrecht - Rechtsprechung und betriebliche Praxis heute und morgen“ mit Vertretern der Arbeitsgerichtsbarkeit, eines Betriebsrates und eines Unternehmens

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

23.03.2017, 08:40 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

MÜLLER ZU DEN TERRORAKTEN IN LONDON

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat sich bereits gestern am Abend zu den Terrorakten in der britischen Hauptstadt London geäußert.

Müller sprach seinem Londoner Amtskollegen Sadiq Aman Khan sein tiefes Mitgefühl aus und brachte die Solidarität der Berlinerinnen und Berlin zum Ausdruck. Weiter erklärte der Regierende Bürgermeister: „Wir stehen zusammen gegen Intoleranz und Hass. Noch kennen wir die genauen Hintergründe der Ereignisse in London nicht. Aber es ist klar: Nur wenige Monate nach den schrecklichen Ereignissen auf dem Berliner Breitscheidplatz mussten jetzt in London wieder Menschen sterben und es sind viele verletzt worden wegen eines feigen Anschlags. Berlin fühlt mit den Opfern und den Angehörigen.“

Die Städtepartnerschaft Berlins mit London wurde mit einer Gemeinsamen Erklärung beider Städte am 10. Oktober 2000 begründet.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

24.03.2017, 09:00 Uhr

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

04.04.2017:

PERSPEKTIVE IN DEUTSCHLAND?

Wie verbessert man die Lage für zugewanderte Roma in deren Herkunftsländern?

Anlässlich des internationalen Roma-Tages geht die Berliner Landeszentrale für politische Bildung in einem Forum der Frage der Situation der Roma in den europäischen Herkunftsländern nach und beleuchtet sowohl Formen der Diskriminierung als auch Veränderungsperspektiven.

Roma werden in ihren Herkunftsländern aus rassistischen Gründen oft systematisch ausgegrenzt. Ihnen wird jede Grundlage für eine gesellschaftliche, gerechte Teilhabe entzogen.

Welche aktuellen Erkenntnisse über die Situation der Roma in deren Herkunftsländern liegen vor? Was spricht gegen ein Bleiberecht für alle Roma in Deutschland, die auf Grund ihrer Herkunft in ihren Ländern ausgegrenzt oder gar rassistisch verfolgt werden? Was

können wir in Deutschland gegen die schlechten Lebensumstände in den Herkunftsländern von betroffenen Roma ausrichten?

Die Veranstaltung findet statt am

**Dienstag, 4. April 2017, 18.30 bis 21.00 Uhr
im Aufbau Haus am Moritzplatz,
Prinzenstraße 85, 10969 Berlin.**

Ablauf:

18.00 - Einlass

18.30 - Begrüßung

18.40 - Vortrag: „Zur aktuellen Situation der Roma in Europa“, Romeo Franz, Hildegard Lagrenne Stiftung

19.00 - Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Habil. Hristo Kyuchukov, FU Berlin, Marie Piper, Amnesty International, Volker Beck, MdB (Bündnis90/Grüne),

Moderation: Emran Elmazi, Zentralrat der Sinti und Roma

20.30 - Empfang

Die Teilnahme ist entgeltfrei. Anmeldungen nimmt die Berliner Landeszentrale für politische Bildung online entgegen:

<http://www.berlin.de/politische-bildung/veranstaltungen/>

Ansprechpartner in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung:

Thomas Gill, E-Mail: thomas.gill@senbjf.berlin.de

Rückfragen: *Pressesprecherin für Bildung, Beate Stoffers* *Tel.:* (030) 90227 - 5843,

24.03.2017, 14:04 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Müller zum sechzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge:

„EUROPA WIRD TROTZ ALLER RÜCKSCHLÄGE EINE ERFOLGSGESCHICHTE BLEIBEN“

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat zum sechzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge den Beitrag Europas in den letzten Jahrzehnte gewürdigt: „Gerade wir in Berlin werden nie vergessen, wie fest die Europäische Gemeinschaft in den schwierigen, kritischen Jahren, in denen die Stadt eingeschlossen war, zu Berlin gehalten hat, unbeeindruckt von vielen Drohungen. Und auch seit der Wiedervereinigung des Kontinents hat sie all ihre Kraft und ihren Einfluss darauf verwandt, dass das Zusammenwachsen der Völker Europas in friedlichem Rahmen und in vernünftigem Ausgleich gestaltet wird.“

Müller weiter: „Gleichwohl kann niemand verhehlen, dass Europa nicht erst seit dem angestrebten Brexit in der Krise steckt. Allzu oft überdecken mittlerweile Partikularinteressen die große Idee und Vision eines geeinten Europa. Gewiss: Die Europäische Union muss sich an Haupt und Gliedern reformieren. Die Mitgliedsstaaten sollten sich jedoch mehr denn je daran erinnern, dass das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile.“

Europa, so Müller weiter, werde trotz aller Rückschläge in jüngster Zeit eine Erfolgsgeschichte bleiben: „Wenn wir Europa besser erklären, wenn wir näher am Bürger sind, wenn wir das Engagement vor allem der Jugend für Europa stärken können, dann blicke ich zuversichtlich in die Zukunft. Früher – in der Gründungsphase der Gemeinschaft - sagte man: ‚Wer in Europa nicht an Wunder glaubt, der ist kein Realist‘ Mehr denn je müssen und werden wir dieses Wunder ermutigen und ermuntern.“

Seine Generation, so Müller weiter, sei mit dem Glauben an Europa aufgewachsen und werde davon nicht abrücken: „So wie uns Deutschland Heimat ist und bleiben wird, so sehr bin ich überzeugt, dass unsere Zukunft europäisch aussehen wird. Wenn wir an die fruchtbaren Epochen der Vergangenheit anknüpfen, wirtschaftlich, politisch, wissenschaftlich und kulturell, dann haben alle Europäer den größten gemeinsamen Nutzen. Denn nur als starker und geeinter Kontinent haben wir die Chance, in einer globalisierten Welt wahrgenommen zu werden. Das setzt andererseits aber voraus, dass gelingt, die Herzen der Bürgerinnen und Bürger zu erwärmen. Wenn wir die großen Ziele im Auge behalten und den Völkern die Vielzahl der Möglichkeiten aufzeigen, dann ist mir um die Zukunft Europas nicht bange.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

27.03.2017, 10:28 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

MICHAEL MÜLLER

STELLT GRÜNDUNGSBEAUFTRAGTEN VOR

Michael Borgolte leitet Etablierung

des Instituts für Islamische Theologie an der HU

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Zur Einrichtung eines Instituts für Islamische Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) ist der renommierte Geschichtswissenschaftler Prof. Dr. Michael Borgolte zum hauptamtlichen Gründungsbeauftragten bestimmt worden. In dieser Position wird Michael Borgolte die bereits bestehende Arbeitsgruppe zur Etablierung des neuen Instituts leiten und den Prozess moderieren.

Michael Borgolte war von 1991 bis 2016 Professor für Geschichte des Mittelalters an der HU und ist weiterhin Seniorresearcher. Er hat sich seit mehr als zwei Jahrzehnten mit der Geschichte Europas im Mittelalter beschäftigt. Dabei hat er unter vielen für das europäische Selbstverständnis wichtigen Aspekten auch herausgearbeitet, dass die Geschichte Europas nicht nur auf christlichen und jüdischen Traditionen fußt, sondern gleichermaßen dem Islam und den europäischen Muslimen wesentliche Prägungen verdankt.

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin und Senator für Wissenschaft und Forschung: „Mit Michael Borgolte haben wir einen hervorragenden Gründungsbeauftragten gewinnen können. Der Aufbau des Instituts für Islamische Theologie hat für uns eine hohe Priorität. Dazu haben wir uns im Koalitionsvertrag klar bekannt und ich freue mich sehr, dass wir diesem Ziel heute einen großen Schritt näher kommen.“

Sabine Kunst, Präsidentin der HU: „Ich freue mich, dass Herr Borgolte, der bestens in Berlin und mit den Wissenschaftsakteuren vernetzt ist, diese wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe an der HU übernimmt. Er ist ausgewiesener und bekannter Experte zur historischen Verbindung zwischen dem Islam und dem christlichen und jüdischen Abendland. Seine Forschungen und Werke zu diesem hochaktuellen Gesellschaftsthema haben den Blick auf die europäische Geschichte und Identität nachhaltig geprägt.“

Michael Borgolte erklärt zur neuen Aufgabe: „Jeder Ausbau der Wissenschaft, und hier sogar um ein ganzes Fach mit mehreren Professuren, erhöht Gewicht und Bedeutung einer Universität. Das neue Institut trägt aber auch politischen Bedürfnissen Rechnung und wird in die Stadtgesellschaft ausstrahlen.“

Arbeitsgruppe hat Arbeit aufgenommen

Anfang März 2017 hat die Arbeitsgruppe zur inhaltlichen und strukturellen Errichtung des Instituts für Islamische Theologie ihre Arbeit aufgenommen. Die Arbeitsgruppe berät und finalisiert hochschulspezifisch die Umsetzung des Eckpunktepapiers, das gemeinsam mit Senatsverwaltungen, Vertreterinnen und Vertretern mehrerer Hochschulen, den größten muslimischen Verbänden in Berlin sowie Expertinnen und Experten bestehender Standorte für islamische Theologie erarbeitet wurde. Eine der wichtigen Fragen, die in der Gruppe diskutiert und geklärt wird, ist die institutionelle Einbindung. Die Verortung wird dann durch die Gremien der Humboldt-Universität entschieden.

Berlin wird mit Aufnahme des Studienbetriebs der sechste universitäre Standort sein, an dem islamisch-theologische Studien in Deutschland angeboten werden. Ziel des Studiums ist die Vermittlung der wissenschaftlichen Grundlagen in islamischer Theologie zur Ausbildung von Imamen sowie die Qualifizierung von Studentinnen und Studenten für das schulische Lehr-

amt. Die Gründung eines Instituts für Islamische Theologie ist im Koalitionsvertrag vereinbart worden.

Weitere Informationen

- Eckpunktepapier:
- <https://www.berlin.de/sen/wissenschaft/wissenschafterpolitik/eckpunkte-islamische-theologie-endfassung.pdf>
- Pressemitteilung zur Einrichtung des Institutes an der HU:
- https://www.hu-berlin.de/de/pr/nachrichten/nr1607/nr_160714_00
- Pressefotos und Lebenslauf von Borgolte zum Download
- https://hu.berlin/PK_Islamische-Theologie

Kontakt:

Matthias Kuder
Sprecher für Wissenschaft und Forschung
Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung
Tel.: (030) 90227-6638
E-Mail: presse@wissenschaft.berlin.de

Eckpunktepapier
Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

28.03.2017, 13:21 Uhr
Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
INTEGRATION
DURCH GEMEINSAMES GÄRTNERN
Grüne Liga Berlin startet Gartenwettbewerb

Frist: **29.09.2017**

Mit einer Baumpflanz-Aktion vor einem Flüchtlings-Café haben die Grüne Liga Berlin und die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz heute den Wettbewerb „Lieblingsfarbe bunt - integrative Gärten gesucht“ eröffnet. Das Projekt richtet sich an gemeinschaftliche Gartenprojekte in Berlin, in denen Integration und Inklusion von Geflüchteten und Menschen mit Behinderungen praktisch gelebt werden und die gleichzeitig zu einer ökologischen Aufwertung der Stadt beitragen – ob im Hinterhof, in Flüchtlingsunterkünften, Behinderteneinrichtungen, Schulen oder im öffentlichen Raum.

„Gemeinschaftliches Gärtnern schafft Brücken zwischen den Menschen und bietet viele Möglichkeiten des voneinander Lernens. Mit dem Wettbewerb unterstützen wir bürgerschaftliches Engagement bei der Integration und helfen gleichzeitig mit unserer Erfahrung im urbanen Gärtnern Berlinerinnen und Berliner beim Begrünen ihrer Stadt“, so Karen Thormeyer, Geschäftsführerin der Grünen Liga Berlin.

Umwelt-Staatssekretär Stefan Tidow betont die Bedeutung der vielfältigen Grünräume und begründet das Engagement der Senatsverwaltung: „Auch kleine Grün- und Freiflächen leisten einen Beitrag zum Klimaschutz und tragen dazu bei, die Wohn- und Lebensqualität zu verbessern, die Identität eines Quartiers zu stärken und das gemeinschaftliche Miteinander zu fördern. Mit diesem Wettbewerb der Grünen Liga Berlin wird das Engagement von vielen Menschen für mehr Grün und mehr Zusammenhalt in Berlin gewürdigt und gestärkt. Davon lebt Berlin, und das macht unsere Stadt so lebenswert.“

Warum sich der Betreiber des Flüchtlingscafés, die OMA gGmbH, zur Förderung der Inklusion am Wettbewerb beteiligt, erläutert der Geschäftsführer Oliver Bergien: „Aus den Hochbeeten im Hof können wir ohne Umwege frische Kräuter und Gemüse für unser Café ernten, wo wir Geflüchtete und Menschen mit Beeinträchtigungen beschäftigen. Damit unterstützen wir sie auch gezielt bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Der Wettbewerb der Grünen Liga Berlin gibt uns die Möglichkeit, Stadtgärtnern als Form der Integration und Inklusion bekannter zu machen.“

Der Wettbewerb ist Teil des Projektes Zusammen wachsen – Gärtnern als Beitrag zur Integration und wird vom Senat finanziert. Auf die schönsten Projekte warten Geld- und Sachpreise sowie Einkaufsgutscheine für Pflanzen und Gartengeräte. Zusätzlich werden die Gewinner in einer Broschüre mit Tipps und Anregungen zum Gärtnern präsentiert.

Bewerbungsschluss ist der 29. September 2017. Die ersten 50 Bewerbungen erhalten zudem einen Einkaufsgutschein für Stauden und Gehölze im Wert von je zehn Euro von „Der Holländer Pflanzencenter“. Die fünf schönsten Fotos der Projekte werden mit einem Gartenbuch vom Kosmos-Verlag prämiert.
Rückfragen: Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Telefon: (030) 9025-1090

28.03.2017, 13:04 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
SONDERBEAUFTRAGTE/R DES SENATS
ZUR UNTERSUCHUNG DES HANDELNS DER
SICHERHEITSBEHÖRDEN IM FALL ANIS AMRI

Aus der Sitzung des Senats am 28. März 2017:

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung die Bestellung eines Sonderbeauftragten bzw. einer Sonderbeauftragten beschlossen und die Senatsverwaltung für Inneres und Sport mit der Umsetzung beauftragt. Der oder die Sonderbeauftragte soll das Handeln der Berliner Sicherheitsbehörden im Fall Anis Amri untersuchen.

Innen- und Sportsenator Andreas Geisel: „Wir haben direkt nach dem Anschlag Aufklärung versprochen. Dem kommen wir nach – zuerst mit der ‚Berliner Chro-

nologie', die in Kürze vorliegen wird, und jetzt mit einem oder einer Sonderbeauftragten. Es geht darum, Zusammenhänge zu erkennen und das Handeln der Sicherheitsbehörden zu analysieren und transparent zu machen. Dies aufzuklären ist wichtig für die Angehörigen und Hinterbliebenen der Opfer. Und es ist wichtig für unsere zukünftige Sicherheit.“

Der Senat fühlt sich der Aufklärung und Aufarbeitung des Attentats auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz verpflichtet. Dies begann gleich nach dem Anschlag und wird nun ergänzt durch eine unabhängige und weisungsfreie Person – flankierend zu den verschiedenen von Bund und Ländern geschaffenen Aufklärungsinstrumenten und aufbauend auf den Vorarbeiten der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, die eine Chronologie der Ereignisse aus Berliner Sicht erarbeitet.

Der oder die Sonderbeauftragte bekommt umfassende Rechte zur Akteneinsicht eingeräumt. Die Ergebnisse werden in einem Zwischen- und einem Abschlussbericht dargestellt.

Rückfragen: Sprecher der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Telefon: (030) 90223-2730

30.03.2017, 10:59 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

FREE WIFI BERLIN –

Mehr als 650 Hotspots im gesamten Stadtgebiet online

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Bereits 2,8 Millionen User nutzen monatlich Free Wifi Berlin, ein Projekt, das von der Senatskanzlei ins Leben gerufen und von der Firma abl social federation GmbH umgesetzt wurde. In der Partnerschaft zwischen der Senatskanzlei, abl sowie audible konnten nun sogar mehr als die avisierten 650 Hotspots ans Netz gehen.

Free Wifi Berlin wird täglich von Zehntausenden Bürgerinnen und Bürgern der Stadt sowie den Tausenden Touristen aus aller Welt genutzt. Und das kostenlos, unbegrenzt und denkbar unkompliziert. Egal ob Brandenburger Tor, Fernsehturm, Friedrichstadtpalast oder Spandauer Zitadelle – um nur einige der besonders beliebten Standorte zu nennen – ein Klick genügt für sicheres, zuverlässiges Surfen und zwar ohne die Eingabe sensibler persönlicher Daten.

Auch in Rathäusern, Bürgerämtern, Museen, Schulen, Bibliotheken und im FEZ steht Free Wifi Berlin zur Verfügung – etwa zu gleichen Teilen in Innen- und Außenbereichen. Damit die Nutzer künftig noch schneller auf dieses Angebot aufmerksam werden, ist eine Beschilderung der Hotspots vorgesehen.

Eine Liste der Hotspots findet sich im Internet:
<https://www.berlin.de/wlan/4445570-4236202-standorte-der-wlanhotspots-in-berlin.html>

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Anfragen an den Senat

Kleine Anfragen:

Titel: Maßnahmen zur soziokulturellen Integration
Abgeordneter: Fresdorf, Paul (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10573.pdf>

Titel: Statistiken zum Migrationshintergrund
Abgeordneter: Curio, Dr. Gottfried (AfD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10583.pdf>

Titel: Was rechte Burschen schafften: Rechte Burschenschaften in Berlin

Abgeordnete: Schillhaneck, Anja (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10613.pdf>

Titel: Was steht hinter dem BENN-Programm?

Abgeordneter: Förster, Stefan (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10570.pdf>

Titel: Prävention gegen Radikalisierung

Abgeordneter: Seerig, Thomas (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10566.pdf>

Titel: Neues Referat „islamistischer Terrorismus“ beim Berliner Verfassungsschutz?

Abgeordneter: Lenz, Stephan (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10600.pdf>

Titel: Unbegleitet junge Volljährige im Land Berlin

Abgeordneter: Penn, Maik (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10512.pdf>

Titel: Schwimmausbildung der Berliner Kinder und Jugendlichen

Abgeordneter: Zeelen, Tim-Christopher (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10513.pdf>

Titel: Wie ist die aktuelle Sicherheitslage am Kottbusser Tor?

Abgeordneter: Altug, Dr. Turgut (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10486.pdf>

Titel: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Land Berlin

Abgeordnete: Demirbüken-Wegner, Emine (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10438.pdf>

Titel: Zentraler Objektschutz (ZOS) in Berlin – LAGeSo, Ausländerbehörde und LAF nur durch private Sicherheitsdienste gesichert?

Abgeordneter: Schreiber, Tom (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10441.pdf>

Titel: Obdachlosigkeit trotz Verantwortung?

Abgeordneter: Bertram, Philipp (LINKE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10499.pdf>

Titel: Inbetriebnahme der Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Biesdorf

Abgeordneter: Gräff, Christian (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10421.pdf>

Titel: Schülerlotsen in Berlin

Abgeordneter: Schopf, Tino (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10453.pdf>

Titel: Gewalt gegen JVA Beamte und Beamtinnen in Berlin - Imame in Haftanstalten

Abgeordneter: Vallendar, Marc (Alternative für Deutschland)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10397.pdf>

Titel: Identitätstäuschung und Sozialbetrug durch Asylbewerber – Ausmaß, Erkenntnisse und Gegenmaßnahmen

Abgeordneter: Bachmann, Hanno (Alternative für Deutschland)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10398.pdf>

Titel: Bezirkliche Integrationsfonds

Abgeordnete: Schubert, Katina (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10373.pdf>

Titel: Zulassung von Verfassungsfeinden in den Einrichtungen des Landes Berlin und der Bezirke

Abgeordneter: Dregger, Burkard (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10394.pdf>

Titel: Rechte Anschlagserie in Neukölln und ihre Hintergründe

Abgeordnete: Helm, Anne (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10372.pdf>

Titel: Islamische Organisationen und Moscheevereine in Berlin

Abgeordneter: Taş, Hakan (Die Linke)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10375.pdf>

Titel: Islamistische Gefährder in Berlin

Abgeordneter: Woldeit, Karsten (Alternative für Deutschland)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10380.pdf>

Titel: Häufung nichtbezahlter Klinikrechnungen bei ausländischen Patienten

Abgeordneter: Czaja, Sebastian (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10361.pdf>

Titel: Anschläge auf religiöse Institutionen I - Moscheen

Abgeordnete: Tomiak, June (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10536.pdf>

Titel: Anschläge auf religiöse Institutionen II - Synagogen

Abgeordnete: Tomiak, June (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10537.pdf>

Titel: Anschläge auf religiöse Institutionen III - Kirchen

Abgeordnete: Tomiak, June (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10538.pdf>

Titel: Antisemitisch motivierte Straftaten in Berlin im Jahr 2016

Abgeordneter: Trapp, Peter (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10562.pdf>

Titel: Anerkennung von Qualifikationen – Teil 1

Abgeordneter: Schlömer, Bernd (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10565.pdf>

Titel: Ansiedlung von britischen EU-Institutionen in Berlin

Abgeordneter: Förster, Stefan (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10571.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:

**BERLINER
EUROPAPORTAL**



Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/EU>

BMI:

14.286 ASYLSUCHENDE IM FEBRUAR 2017

Zahl der Asylsuchenden weiter rückläufig

Im Monat Februar 2017 reisten 14.289 Asylsuchende nach Deutschland ein. Wie im Vormonat kamen diese vor allem aus Syrien, Irak und Eritrea. Im Januar 2017 hatte die Zahl der eingereisten Asylsuchenden 14.476 betragen.

Die Anzahl der offenen Fälle beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge konnte auch im Februar 2017 weiter abgebaut werden. So hat das Bundesamt im Februar 2017 über die Anträge von 71.499 Personen entschieden und die Zahl der anhängigen Verfahren von 384.523 Ende Januar 2017 auf 333.815 Ende Februar 2017 reduziert. Die Zahl der beim Bundesamt gestellten förmlichen Asylanträge lag im Monat Februar 2017 bei 16.568

Weiter in der Mitteilung mit den Zahlen im Einzelnen unter:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungn/DE/2017/03/asylantraege-februar-2017.html>

[PM BMI v. 09.03.2017; RED]

**SEELSORGE
ALS GEMEINSAME AUFGABENSTELLUNG
Lenkungsausschuss
der Deutschen Islam Konferenz (DIK)
beschließt Abschlusspapier zum Thema Seelsorge**

Zum dritten - und voraussichtlich letzten - Mal in dieser Legislaturperiode traf sich die Deutsche Islam Konferenz am 14. März 2017 in Berlin zu einer Sitzung ihres Lenkungsausschusses. Schwerpunkt der Gespräche war die islamische Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen.

Abschlusspapier zur muslimischen Seelsorge

Der Lenkungsausschuss nahm das Abschlussdokument "Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen als Thema der DIK" an. Dieses behandelt die drei Seelsorgebereiche Krankenhausseelsorge, Gefängnisseelsorge und Militärseelsorge. Es enthält zudem strukturelle Empfehlungen zur Weiterbehandlung des Themas. So soll zur Krankenhausseelsorge eine Arbeitsgruppe "Islamische Krankenhausseelsorge" durch die in der DIK vertretenen muslimischen Verbände gegründet werden. Für die anderen beiden Bereiche der Seelsorge sind gemischte Arbeitsgruppen von den betroffenen staatlichen Ebenen und den muslimischen Verbänden vorgesehen, die ggf. weitere Akteure einbinden werden.

Weiter in der BMI- Mitteilung:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2017/03/dik-lenkungsausschuss.html?nn=3314802>

BAMF-Veröffentlichung:

DAS BUNDESAMT IN ZAHLEN 2016

Modul Asyl

Aktuelle Zahlen zu Asylanträgen, zur ethnischen Herkunft und Religionszugehörigkeit der Asylbewerber, zum Dublinverfahren, zu Entscheidungen über Asylanträge, zum Flughafenverfahren, zu anhängigen Verfahren beim Bundesamt sowie Gerichtsverfahren bietet das erste Modul der Broschüre "Das Bundesamt in Zahlen 2016".



Als solide Datenbasis für die tägliche Arbeit des Bundesamts im Bereich des Asyls bildet sie die Grundlage für eine sachliche Diskussion rund um das Asylgeschehen in Deutschland.

Download:

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2016-asyl.pdf>

SVR-STUDIE ZUR RÜCKKEHRPOLITIK

**Vorrang der freiwilligen Ausreise sicherstellen,
Rückkehrberatung gesetzlich verankern**

Die freiwillige Ausreise abgelehnter Asylbewerber hat zwar Vorrang vor Abschiebungen, doch gibt es kaum verbindliche Vorgaben für die Ausgestaltung und Förderung. Der Stellenwert der geförderten Rückkehr ist je nach Bundesland sehr unterschiedlich. Der SVR-Forschungsbereich hat in einer Studie die Umsetzung der Rückkehrpolitik in Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt untersucht und daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet: Rückkehrberatung sollte flächendeckend eingeführt und gesetzlich verankert werden; es bedarf einer besseren Abstimmung zwischen Bund und Ländern, einer Stärkung der Förderstrukturen sowie klarer und transparenter Vorgaben für den behördlichen Vollzug.

Weiter in der Pressemitteilung des SVR-Forschungsbereiches:

<https://www.svr-migration.de/presse/presseforschung/rueckkehrpolitik/>

Download der Studie „Rückkehrpolitik in Deutschland - Wege zur Stärkung der geförderten Ausreise“:

https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2017/03/SVR_FB_Rueckkehrpolitik.pdf

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Ab 03.04., GIZ e.V.:

AVGS GRUPPENCOACHING

Berufliche Zukunft für Flüchtlinge (BZFF)

Berufliche Zukunft für Flüchtlinge (BZFF) im Rahmen von § 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB III

Ziele: Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen

- Soziale Beratung zur Lebenssituation durch die Flucht (60 h)
- Unterstützung im beruflichen Orientierungs- und Entwicklungsprozess (160 h)
- Anleitung bei der Recherche nach Praktika und Arbeitsstellen (80 h)
- Berufsbezogenes Sprachcoaching B2 (300 h)
- Praxiserprobung (120 h)

Dauer: 26 Wochen

Beginn: 03.04.2017

Umfang: 720 Stunden, täglich 6 Stunden

Bei Interesse senden Sie bitte eine E-Mail an:

buero@giz.berlin

Kontakt und Information

Bei Interesse melden Sie sich bitte unter der E-Mail Adresse: Buero@giz.berlin, um weitere Informationen zu erhalten.

GIZ e.V.

Reformationsplatz 2
13597 Berlin

Tel: (030) 513 01 00

Fax: (030) 367 59 203

Internet: <http://www.giz.berlin>



Mädchen und Jungen:

AUF IN DIE BETRIEBE UND EINRICHTUNGEN AM GIRLS'DAY UND BOYS'DAY AM 27.APRIL

Am 27.4.2017 ist wieder Girls'Day und Boys'Day. Mädchen gehen vor Ort in Betriebe und lernen technische Berufe kennen. Jungen probieren sich in Sozial-, Erziehungs- und Pflegeberufen aus. Die Aktionstage werden von den Senatsverwaltungen für Bildung, Jugend und Familien, sowie von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung unterstützt.

In Absprache mit Eltern und Klassenleitungen können Schülerinnen und Schüler sich selbständig einen Platz in den Einrichtungen und Betrieben suchen. Die Plätze sind auf dem „Radar“ im Internet verzeichnet:

<http://www.girls-day.de> und <http://www.boys-day.de>.

Kontakt:

Bei Fragen wenden sie sich bitte an die Landeskoordinierung bei LIFE e.V.

Telefon: (030) 308798-12/16

E-Mail: girlsdays@life-online.de
oder boysday@life-online.de

Weitere Infos auf den Seiten der Senatsverwaltung:

<http://www.girlsday-berlin.de>
<http://www.berlin.de/sen/frauen/bildung/boys-day/artikel.31283.php>

LIFE e.V., Weiterbildung:

PROJEKTMANAGEMENT FÜR FRAUEN AUS ALLEN KULTUREN

Start: **08.05.2017**

LIFE e.V. freut sich sehr, die bewährte Weiterbildung „Projektmanagement für Frauen aus allen Kulturen“ auch in diesem Frühjahr wieder anbieten zu können:

Projektmanagement wird in etwa 85% aller Stellenausschreibungen für Akademiker_innen gefordert und ist eine wertvolle Zusatzqualifizierung in jedem Berufsfeld.

Von der Idee zum fertigen Projekt. Egal ob Feier, Festival, Website, Weiterbildung oder ein Willkommenscenter geplant werden sollen, mit einem professionellen

Projektmanagement haben Sie Kosten, Zeiten und Aufgaben immer unter Kontrolle und können bei Abweichungen schnell eingreifen. Pläne zu Ablauf und Kosten, Meilensteine und Balkendiagramme verschaffen Ihnen jederzeit einen Überblick über den Projektfortschritt.

Unsere elfwöchige Weiterbildung richtet sich gezielt an Frauen und bietet durch die Kombination aus Fach- und Sprachlernen eine sehr gute Basis für eine berufliche Neuorientierung oder eine zusätzliche Qualifizierung für das gewünschte Berufsfeld.

Die Unterrichtszeiten werden in Teilzeit angeboten, was optimal für Mütter mit kleinen Kindern oder Berufsrückkehrerinnen ist. Das Bildungsangebot wird von unserer eLearning-Plattform begleitet, wodurch Vor- und Nachbereitung von Zuhause unkompliziert möglich ist.

Bewerbungstraining und Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz machen unser Angebot auch für erwerbslose Frauen attraktiv – besonders da wir auf erfolgreiche Vermittlung in Arbeit bei über 75% unserer Teilnehmenden verweisen können. Unser Konzept zur Förderung von Frauen aus allen Kulturen ist in Berlin einzigartig und fördert auch die Integration von Migrantinnen in den Arbeitsmarkt.

Die Weiterbildung wird Mo-Mi, 09:00-14:15 Uhr in Berlin-Friedenau, vom 08.05. bis zum 19.07 2017, durchgeführt.

Das Projektmanagement ergänzende Inhalte sind:

- Gesprächsführung, Kommunikation und Konfliktmanagement
- Leitung von Projektgruppen
- Präsentation von Ergebnissen
- Integrierte Fachsprachförderung
- Bewerbungstraining

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage unter http://www.life-online.de/angebote/arbeitsmarkt/a_projektmanag.html.

Kontakt

Fragen beantwortet gern:

Rotraud Flindt
(030) 308798-18 oder per
E-Mail an flindt@life-online.de

LIFE- Bildung, Umwelt, Chancengleichheit e.V.
Rheinstraße 45,
Aufgang C
12161 Berlin

Internet: <http://www.life-online.de>

House of Resources Berlin: KOSTENFREIE FORTBILDUNGEN Für Ehrenamtliche und Hauptamtliche im Bereich Integration

Das House of Resources Berlin veranstaltet in den kommenden Monaten wieder einige Fortbildungen und Vernetzungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche und Hauptamtliche in Organisationen, die sich im Bereich der Integration in Berlin engagieren. Alle Angebote des House of Resources sind kostenfrei. In den kommenden Monaten finden die folgenden Veranstaltungen statt:

Fortbildungen

Faktencheck Migration und Asyl Dienstag, 2. Mai 2017, 15-18.30 Uhr

Die Fortbildung vermittelt Informationen zu Hintergründen und Zusammenhängen rund um das Thema Flucht, um geeignete Argumente für eine sachlich fundierte Diskussion griffbereit zu haben. Der promovierte Migrationsforscher Dr. Marcus Engler wird auch eigene Erfahrungen der Teilnehmenden mit einbeziehen.

Kommunikationsstrategien für Initiativen und Vereine

Mittwoch, 3. Mai 2017, 14-18 Uhr

Bei diesem Einführungskurs lernen Sie die Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit für gemeinnützige Organisationen kennen. Nach einer inhaltlichen Einführung üben Sie, die Kernbotschaften Ihrer Organisation auf den Punkt bringen. Sie entwickeln gemeinsam eine Strategie für Ihre Öffentlichkeitsarbeit und erhalten Tipps für die praktische Umsetzung.

Einführung ins Fundraising

Samstag, 13. Mai 2017, 9.30-13 Uhr

Neben öffentlichen Fördermitteln sind Spenden eine tolle Möglichkeit, die Arbeit gemeinnütziger Organisationen dauerhaft zu finanzieren. Die Kunst des Fundraisings kann man lernen. Wir erhalten einen Überblick über Instrumente, Formen und Zielgruppen und erfahren das Wichtigste: die persönliche Haltung desjenigen, der um Spenden bittet.

Freiwillige begleiten

Samstag, 17. Juni 2017, 9.30 -13 Uhr

Damit Freiwillige sich langfristig in einer Organisation wohlfühlen und sie in ihrem Engagement motiviert bleiben, bedarf es einer guten Begleitung. Welche Formen der Anerkennung passen zu unseren Freiwilligen? Wie kann man ihnen Mitsprachemöglichkeiten und eine Weiterentwicklung im Engagement bieten? Wir werfen einen Blick auf strategische Entscheidungen und Instrumente der Freiwilligenarbeit.

Gute Projektanträge schreiben

Mittwoch, 19. Juli 2017, 14-18 Uhr

Wo kann ich Gelder für meine Organisation beantragen? Was muss ich bei der Antragsgestaltung beach-

ten? Wie schreibe ich einen Antrag? Diese Fragen beschäftigen viele Organisationen, Initiativen und Vereine. In diesem Workshop werden Recherchemöglichkeiten für Fördermöglichkeiten vorgestellt. Sie lernen die „Antragslogik“ kennen und üben an praktischen Beispielen.

Weitere Infos und Anmeldung unter:
<http://www.house-of-resources.berlin/lernen/>

Kontakt:

Barbara Canton
Projektreferentin

House of Resources Berlin
Marchlewskistraße 27
10243 Berlin

Tel.: (030) 23 98 93 91
Fax: (030) 2 79 01 26

E-Mail canton@house-of-resources.berlin
Internet: <http://www.house-of-resources.berlin>

FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB):
WEITERBILDUNGEN IM FCZB IM MAI 2017
Schnupperworkshops dazu am 05. April 2017

Start: 8. Mai 2017:
Fit für den Job mit MS Office
und Internet-Know-how
Kostenloser SCHNUPPERWORKSHOP
(mit Infotermin): 5. April 2017, 10.00 bis 13.00 Uhr
INFOTERMIN: 26. April, 10.00 bis 11.00 Uhr

Ob Wiedereinstieg nach Erwerbslosigkeit oder berufliche Umorientierung: Fundiertes und aktuelles IT-Know-how gehört zu den Anforderungen in nahezu allen Berufsbereichen und ist Voraussetzung für qualifizierte Tätigkeiten in Büro und Verwaltung. In dieser Weiterbildung können die Teilnehmerinnen ihre IT-Kenntnisse und praktische Anwendungskompetenz für MS Office und Internet-Nutzung berufstauglich ausbauen und um Know-how zur Online-Zusammenarbeit erweitern.

Inhalte: PC-Arbeitsplatz-Organisation, Informationssuche im Internet, Dokumente und Präsentationen gestalten, E-Mail- und Terminverwaltung, Online-Zusammenarbeit, Urheberrecht, Datenschutz, Profilentwicklung, Jobrecherche, (Online-) Bewerbung
Zielgruppe: Erwerbslose oder geringfügig beschäftigte Frauen, die ihre MS Office- und Internetkenntnisse ausbauen und sich auf Jobrecherche und Bewerbung vorbereiten möchten.

Dauer und Lernform: 12 Wochen, späterer Einstieg nach Absprache möglich. Präsenztraining
Kosten/Förderung: Bildungsgutschein oder Selbstzahlerin (Preis auf Anfrage). Gefördert aus Mitteln des Landes Berlin.

Mehr zur Fortbildung: <http://fczb.de/fit-fuer-den-job-mit-ms-office-und-internet-know-how-3/>

Start: 8. Mai 2017
Fit für den Job: MS Office vertiefen,
erfolgreich bewerben mit ECDL
Kostenloser SCHNUPPERWORKSHOP (mit Info-
termin): 5. April 2017, 10.00 bis 13.00 Uhr
INFOTERMIN: 26. April, 10.00 bis 11.00 Uhr

Diese Weiterbildung richtet sich an Frauen, die ihre MS Office- und Internet-Kenntnisse erweitern wollen, um ihre Bewerbungschancen zu verbessern. Der ECDL (European Computer Driving Licence bzw. Europäischer Computerführerschein) ist ein international anerkanntes Zertifikat, mit dem IT-Wissen auch formal nachgewiesen werden kann – ein Pluspunkt bei Bewerbungen. Das FCZB ist autorisiertes ECDL-Prüfungszentrum.

Inhalte: Vorbereitung und Prüfung zum ECDL Profile, MS Word 2013, MS Excel 2013, MS PowerPoint 2013, Online-Grundlagen. Begleitende Maßnahmen: Eingangsberatung, fachliche Lernbegleitung und Lernprozessbegleitung.

Zielgruppe: Erwerbslose oder geringfügig beschäftigte Frauen mit soliden Anwendungskenntnissen in MS Office und Internet

Dauer und Lernform: 8 Wochen. Präsenztraining
Kosten: Bildungsgutschein oder Selbstzahlerin (Preis auf Anfrage). Gefördert aus Mitteln des Landes Berlin.

Mehr zur Fortbildung: <http://fczb.de/fit-fuer-den-job-ms-office-vertiefen-erfolgreich-bewerben-mit-ecdl-3/>

Kontakt/ Beratung/ Anmeldung

Veranstaltungsort:
FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB)
Cuvrystraße 1
10997 Berlin

Renate Wolf
Tel. (030) 61 79 70 -16

E-Mail: info@fczb.de
Internet: <http://www.fczb.de>

April/Mai, ARiC Berlin e.V. –

Fortbildungen für Pädagoginnen und Pädagogen: HIER UND JETZT!

Kolonialismus und Kolonialrassismus im Schulunterricht

Modul I, Freitag den 28.04.2017, 14-18 Uhr

Die Fortbildung bietet einen Einstieg in die rassismuskritische Unterrichtsgestaltung anhand des Themas deutsche Kolonialgeschichte: Welche Bedeutung kommt dem Thema Kolonialismus im Schulunterricht zu und was hat Kolonialrassismus damit zu tun? Was ist Kolonialrassismus überhaupt und wie funktioniert er? Welche Rolle spielen diese Themen für eine rassismussensible Unterrichtsgestaltung? Thematisiert werden Ziele und Eckpunkte einer rassismuskritischen Unterrichtspraxis, die Kolonialismus und Kolonialrassismus zum Gegenstand hat, sowie Fallstricke, die diese Praxis kennzeichnen.

Modul II, Freitag den 05.05.2017, 14-18 Uhr

Die aufbauende Fortbildung widmet sich der Bedeutung von Kolonialrassismus für die eigene Lebensrealität. Wir wagen den Blick auf uns selbst: Was hat Kolonialrassismus mit mir zu tun? Wo begegne ich kolonialrassistischen Deutungsmustern und Handlungsweisen in der eigenen Bildungsarbeit und wie kann diesen entgegengewirkt werden? Wir werden die Vielschichtigkeit der eigenen Identität kennenlernen. Ziel ist die Selbstreflexion der eigenen gesellschaftlichen Positionierung und die Sensibilisierung für eigene Privilegien in der rassismuskritischen Unterrichtsgestaltung.

Modul III, Freitag den 12.05.2017, 14-18 Uhr

Im Rahmen der aufbauenden Fortbildung werden Handlungsoptionen zur rassismussensiblen Unterrichtsgestaltung anhand der Themen Kolonialismus und Kolonialrassismus aufgezeigt. Dabei steht die Arbeit mit Unterrichtsmaterialien im Fokus. Wir üben ein, kolonialrassistische Deutungsmuster in Unterrichtsmaterialien aus einer postkolonialen und rassismuskritischen Perspektive zu erkennen sowie mit diesen produktiv-kritisch umzugehen. Formen der rassismussensiblen Gestaltung von Schulunterricht werden vorgestellt und gemeinsam erprobt.

Die Module sind inhaltlich neu gestaltet, so dass wir uns freuen würden, auch Teilnehmende aus dem letzten Jahr wieder begrüßen zu dürfen.

Kosten: 20 Euro pro Veranstaltung.

Das gesamte Jahresprogramm mit allen Terminen: http://www.aric.de/projekte/hier_und_jetzt/.

Kontakt/ Anmeldung/ Ort

Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum
ARiC Berlin e.V.

Anmeldung: Verbindliche Anmeldung über das Anmeldeformular (<http://www.aric.de>) per E-Mail an aric@aric.de bis **eine Woche** vor dem jeweiligen Fortbildungstermin.

Veranstaltungsort:

VIA Berlin
Petersburger Straße 92
10247 Berlin

Die Veranstaltungen finden im Schulungsraum im 4. OG. statt (nur über Treppe zu erreichen).

Workshops/ Tagungen

20.04., im Rahmen der Berliner Stiftungswoche:

„ENGAGEMENT UND GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG IM FUßBALL“

Donnerstag, 20.04.2017 um 19:00 Uhr
im Rathaus Schöneberg (Raum 112)

Veranstalter: FC Internationale Berlin 1980 e. V.
und RheinFlanke gGmbH

Der bekannte Berliner Sportjournalist Ronny Blaschke veröffentlichte vor kurzem das Buch Gesellschaftsspielchen – Fußball zwischen Hilfsbereitschaft und Heuchelei.

Das Buch beschreibt Möglichkeiten, wie der Fußball als gesellschaftliches Medium das Gemeinwesen bereichern und seinen Beitrag für Vielfalt, Bewegungsreichtum oder die Integration von Geflüchteten leisten kann. Nach einem Impulsvortrag zum Thema wird der Autor mit den folgenden Fachleuten und dem Publikum über Beispiele, Ideen, Erfolge und Probleme diskutieren:

- Jochen Lesching (Vorsitzender der Stiftung des 1. FC Union Berlin e.V.)
- Arne Friedrich (ehemaliger Nationalspieler und Gründer der Arne-Friedrich-Stiftung) angefragt
- Juliane Metzner (Standortleiterin Berlin bei der Rhein-Flanke gGmbH)
- Gerd Thomas (1. Vorsitzender beim FC Internationale)

Moderation: Breschkai Ferhad (NEMO – Netzwerke von Migrantenorganisationen)

Das Grußwort spricht Angelika Schöttler, Bürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg. Die Veranstaltung ist offizieller Bestandteil des Programms der Berliner Stiftungswoche.

Nach der Diskussion besteht bei Brezeln und Getränken die Möglichkeit zum Netzwerken und Austauschen. Der Eintritt ist frei.

Kontakt/ Anmeldung

Voranmeldung bitte unter folgender E-Mail-Adresse: julia.kandzia@rheinflanke.de

Internet: <http://www.rheinflanke.de/event/engagement-und-gesellschaftliche-verantwortung-im-fussball/>

20.04., Vernetzungstreffen:

HOUSE OF RESOURCES > GOES KIEZ

Im Rahmen der Reihe "House of Resources > goes Kiez" gibt es das erste Netzwerkcafe Treffen am

**20.04.2017 in Berlin MITTE im MIGRATION HUB,
Am Krögel 2, 10179 Berlin von 17:00 - 19:00 Uhr.**

Ehrenamtlich Tätige, Interessierte aus Organisationen und Initiativen, die im Bereich Flüchtlingshilfe, Migration, Integration tätig sind, sind herzlich eingeladen. Jedes Netzwerkcafe Treffen wird in einem anderen Stadtteil unter einem anderen Motto stehen. In Mitte fangen wir mit dem Thema Fundraising an.

Bei den Treffen soll es um einen informellen Ideen- und Erfahrungsaustausch zu dem Thema gehen.

Weitere Infos und Anmeldung unter:

<http://www.house-of-resources.berlin/event/house-of-resources-goes-mitte/>

Kontakt

House of Resources Berlin
Marchlewskistraße 27
10243 Berlin
Barbara Canton, Projektreferentin

Tel.: (030) 23 98 93 91
Fax: (030) 2 79 01 26

E-Mail kontakt@house-of-resources.berlin
Internet: <http://www.house-of-resources.berlin>

19./20.06., Hannover:

22. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

Motto: Prävention & Integration

Der 22. Deutsche Präventionstag (DPT) findet am 19./20. Juni 2017 in Hannover (Hannover Congress Centrum - HCC) statt. Das diesjährige Schwerpunktthema lautet "Prävention & Integration". Gastgebernde Veranstaltungspartner sind das Land Niedersachsen, die Landeshauptstadt Hannover und der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR).

Erneut informieren über 150 Institutionen mit Informationsständen, Sonderausstellungen sowie Infomobilen über ihre Arbeitsschwerpunkte im breiten Spektrum der Kriminalprävention sowie angrenzender Präventionsbereiche.

Alle Detailinformationen zum 22. Deutschen Präventionstag wie zu Programm, Ausstellern sowie Anmeldung im Internet unter:

<http://www.praeventionstag.de/>

Initiativen

Hans-Böckler-Stiftung:

STIPENDIEN FÜR GEFLÜCHTETE

Frist: **30.04.2017**

Die Hans-Böckler-Stiftung bietet Geflüchteten über die Böckler-Aktion Bildung die Möglichkeit, sich für ein Stipendium zu bewerben.

Wichtig dabei ist, dass die Bewerberinnen und Bewerber nicht nur gute schulische Leistungen erbracht haben, sondern sich engagiert (ehrenamtlich, politisch, gesellschaftlich) haben und dies auch während des Studiums weiter tun möchten.

Formale Voraussetzung für ein Stipendium ist die BA-föG-Berechtigung der Geflüchteten.

Die nächste Bewerbungsfrist endet am 30. April 2017.

Weitere Informationen hierzu gibt es unter:

<http://www.boeckler.de/107463.htm>

Informationen zur Förderung unter
<http://www.boeckler.de/4361.htm>

Sarah Winter
Abteilung Studienförderung
Referat I: Bewerbung
Böckler-Aktion Bildung

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: (0211) 7778-189
Fax: (0211) 7778-4189

E-Mail: sarah-winter@boeckler.de
Internet: <http://www.boeckler.de>



27.04., Boys' Day/ Girls' Day:

ANGEBOTE VON EINRICHTUNGEN UND UNTERNEHMEN GESUCHT

Am 27. April 2017 ist auch wieder Boys' Day. Machen Sie mit und wecken Sie bei Jungen von der 5. bis zur 10. Klasse Interesse an Ihrem Arbeitsbereich. An einer Berufserkundung können Sie ihnen einen Einblick in Ihren Arbeitsalltag gewähren. Oder Sie bieten eine pädagogische Gruppenarbeit für Jungen an.

Tragen Sie Ihr Angebot unter <https://www.boys-day.de/aktool/ez/veranstalter.aspx> ein, um es im Boys' Day-Radar zu veröffentlichen. Die Jungen können so Ihr Angebot und Ihren Standort abrufen. Der Eintrag ist kostenlos und wird nach kurzer Prüfung freigeschaltet.

Wer kann mitmachen?

Mitmachen können Einrichtungen und Unternehmen, in deren Berufsfeld maximal 40 Prozent Männer aktuell eine Ausbildung machen oder studieren.

Welche Berufe kommen in Frage?

Unter https://www.boys-day.de/Ueber_den_Boys_Day/Boys_Day-Berufe finden Sie eine Aufstellung der in Frage kommenden Berufe.

Am Boys' Day können darüber hinaus auch Workshops angeboten werden zu Themen wie

- Berufs- und Lebensplanung
- Reflexion von Männlichkeitsvorstellungen
- Sozialkompetenzen

Angebot eintragen

Tragen Sie Ihr Angebot ein! Über das Boys' Day-Radar (https://www.boys-day.de/Boys_Day-Radar) finden Jungen Ihr Angebot und können sich online oder telefonisch anmelden.

Analog funktioniert dies auch für den Girls' Day unter https://www.girls-day.de/Unternehmen_Organisationen/Mitmachen/So_gieht_s.

Ausschreibung 2017:

„ICH KANN WAS!“

Schlüsselkompetenzen für die digitale Welt!

Frist: 30.04.2017

Die neunte Ausschreibungsrunde der „Ich kann was!“-Initiative startete am 15. März. Bis zum 30. April 2017 können sich wieder deutschlandweit Einrichtungen um eine Projektförderung bewerben. Unterstützt werden pädagogische Projekte und Initiativen, in denen Kinder und Jugendliche darin ermutigt werden, ihre Potenziale zu entdecken und ihre individuellen Fähigkeiten zu entfalten. Die Förderhöhe beträgt bis zu 10.000 Euro. Seit Beginn des Jahres ist die „Ich kann was!“-Initiative unter dem Dach der Deutsche Telekom Stiftung angesiedelt.

Unter dem Motto „Schlüsselkompetenzen für die digitale Welt“ werden zukünftig verstärkt Projekte unterstützt, in denen ein kreativer und gleichzeitig kritischer Umgang mit Medien und der digitalen Welt erworben sowie die souveräne Nutzung digitaler Werkzeuge handlungsorientiert und spielerisch vermittelt werden. Kindern und Jugendlichen durch den Erwerb von Medienkompetenzen die Teilhabe an gesellschaftlicher Entwicklung zu ermöglichen, bleibt das zentrale Ziel der „Ich kann was!“-Initiative.

Sie sind herzlich eingeladen, sich mit Projektideen zu bewerben, in denen Themen aus den Alltags- und Erlebniswelten der Kinder und Jugendlichen mit modernen Kommunikationsmedien oder digitalen Instrumenten und Technologien zusammengebracht werden. Das Ineinanderfließen von gesellschaftlichen, künstlerischen, handwerklichen oder auch freizeitpädagogischen Ansätzen mit Elementen aus der digitalen Welt wird ein immer selbstverständlicherer Bestandteil der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wir freuen uns daher über innovative Projektideen und Konzepte, die auch die Bereiche Computer, Internet und Social Media, Making und Repair, Film und Foto oder Robotik und Programmieren thematisieren.

Vom 15. März bis zum 30. April können sich alle Einrichtungen und Projekte aus ganz Deutschland bewerben, die die Förderkriterien erfüllen. Bewerbungen können ausschließlich online über die Internetseite <http://www.initiative-ich-kann-was.de> eingereicht werden. Neben allen Neubewerbungen werden auch Anträge von Einrichtungen berücksichtigt, die bereits finanziell unterstützt wurden oder schon einmal an einer Ausschreibung teilgenommen haben. Im Spätsommer 2017 entscheidet die Jury darüber, welche Projekte und Einrichtungen eine Förderzusage der „Ich kann was!“-Initiative erhalten. Falls Sie selber keine eigenen Projekte durchführen, können Sie dieses Schreiben selbstverständlich gerne an andere für eine Förderung in Frage kommende Einrichtungen weiterleiten.

Alle Informationen zu den Förderkriterien und dem Online-Bewerbungsverfahren finden Sie in unserem Aus-

schreibungsflyer und auf unserer Internetseite <http://www.initiative-ich-kann-was.de/de/ausschreibung>.

Kontakt/Bewerbung

Für alle Fragen rund um Ihre Bewerbung erreichen Sie uns gebührenfrei oder schicken Sie uns einfach eine Mail:

„Ich kann was!“-Initiative
Tel.: (0800) 181 2486
Fax: (030) 280 998 2222

E-Mail: info@initiative-ich-kann-was.de
Internet: <http://www.initiative-ich-kann-was.de>

Aus Projekten und Vereinen

RAA Berlin:

MATERIALKOFFER ZUM THEMA WELTRELIGIONEN ZUR AUSLEIHE

Fünf Materialkoffer zur „Fünf große Weltreligionen“ enthalten neben einer Auswahl an religiösen Gegenständen begleitende Informationsmaterialien und handlungsorientierte Anregungen für Lehrkräfte.

In den Koffern befinden sich vielfältige Materialien zum Anschauen, Anfassen und Ausprobieren. Die Materialkoffer können sie kostenlos ausleihen.

Mehr Infos: <http://wib-ada23b.de/index.php/mediathek> oder <http://raa-berlin.de/materialen/>

Kontakt/ Ausleihe

Mediathek der RAA/WIB Berlin
Adalbertstraße 23b
10997 Berlin.
Kontakt: Vera Chadour

Tel.: (01522) 6433441
E-Mail mediathek@raa-berlin.de

GfHF e.V., April bis Oktober 2017:

PICTURING BERLIN – REPORTING MY CITY Workshops für junge Erwachsene mit und ohne Fluchterfahrung zu Reportagefotografie

Im Projekt Picturing Berlin – Reporting my City lernen Fotobegeisterte zwischen 16 und 27 Jahren mit Bildern Geschichten zu erzählen. Gemeinsam mit einer Fotografin/einem Fotografen entdecken und porträtieren sie ihre Stadt und deren BewohnerInnen. Die Teilnehmenden – neu angekommene und in Berlin lebende junge Erwachsene – können von April bis Oktober 2017 ihre

eigene Fotoreportage umsetzen und in einer Ausstellung der Öffentlichkeit präsentieren.

Während Picturing Berlin – Reporting my City können die Teilnehmenden in Spaziergängen mit der Spiegelreflexkamera ihr Viertel kennenlernen. Sie können Anlaufpunkte finden, die ein Ankommen und eine Orientierung in der Nachbarschaft leichter machen. In regelmäßigen Treffen ist Zeit zum gegenseitigen Kennenlernen und gemeinsame Erlebnisse in der Gruppe, die Teilnehmenden können eigene Reportagethemen entwickeln und sich über deren Umsetzung auszutauschen.

Picturing Berlin – Reporting my City ist ein Projekt der Gesellschaft für Humanistische Fotografie (GfHF), in dem sich junge Erwachsene mit und ohne Fluchterfahrung mit gleichaltrigen BerlinerInnen austauschen und vernetzen können. Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung.

Die GfHF fördert Autorenfotografie zu gesellschaftlich relevanten Themen. In Ausstellungen präsentiert sie die Arbeiten renommierter und aufstrebender zeitgenössischer Fotografinnen und Fotografen. In Projekten der GfHF wie z. B. „Bridge the Gap“ oder „Picturing Neighbour-HOOD“ können geflüchtete und Berliner Jugendliche sich gegenseitig kennenlernen und gemeinsam ihr Berlin fotografisch entdecken. Weitere Informationen unter: <http://www.gfhf.eu/education.php>

Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Kontakt

Gesellschaft für Humanistische Fotografie (GfHF)
GfHF e.V.
Legiendamm 16
10179 Berlin

Tel.: (030) 60 40 77 48
Fax: (030) 60 40 77 18

E-Mail: info@gfhf.eu
Internet: <http://www.gfhf.eu>

BOX66

Programm des interkulturellen Begegnungszentrums am Ostkreuz

Das Interkulturelle Beratungs- und Begegnungszentrum für Frauen und Familien Box66 lädt ganz herzlich zu Informations- und Bildungsveranstaltungen von März bis Juni 2017 ein! In den geplanten Veranstaltungen dreht sich alles um grundlegende Informationen und Kompetenzen für Migrantinnen und Migranten. Die Veranstaltungen richten sich an "alte" und "neue" BerlinerInnen.

**01.4. sowie 12.05. und 13.05.17 10:00 bis 16:00 Uhr
Empowerment von Migrantinnen im Vorfeld ihres
beruflichen Werdegangs.**

- Workshop 1:
Stärke erkennen und Potential nutzen!
- Workshop 2:
Interkulturelle Kompetenz im Arbeitsleben

Referentin: Magdalena Ziomek-Frąckowiak und Anna Czechowska, Sprache: Polnisch
Kooperation: Interkulturelles Kompetenzzentrum für Migrant*Innenorganisationen Berlin, agitPolska e.V.

**06.04.17, 18 –20:00 Uhr
Informationsveranstaltung „Familienrecht“
Sprache: Polnisch**

**26.04, 10.05, 17.05.17 / 18–20:30 Uhr
Urban Living: Mit Work-Life-Balance und Achtsamkeit zu mehr Gelassenheit und Wohlbefinden**
Referentin: Magdalena Pyzio, Sprache: Deutsch
Zuzahlung für 3 Termine: 45 Euro

**27.04.17 / ab 17:00 Uhr
Elternzeit, Falle oder Chance?**
Referentin: Silvia Bonapace, Psychologin
Sprache: Deutsch/Polnisch
Kooperation: Frauenprojekt „Mariposa“, Frieda-Beratungszentrum für Frauen

Kontakt

BOX66
Das interkulturelle Begegnungszentrum
für Frauen und Familien am Ostkreuz
Sonntagstraße 9
10245 Berlin

Tel.: (030) 81700540
Fax: (030) 81700580

E-Mail: box66@via-in-berlin.de
Internet: <http://www.box66berlin.com>

BAYOUMA-HAUS

der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.
Interkulturelles Gemeinwesenzentrum
in Friedrichshain-Kreuzberg

Programm April 2017 (Auszug)

Nachbarschaftsangebote

Frau Natascha Garay, Einrichtungsleitung
Gesundheit & Kultur, Tel.: 29 04 91 36
E-Mail: n.garay@awo-spree-wuhle.de

Loan Nguyen, Senioren, Gemeinwesenarbeit
Tel.: 29 04 66 12
E-Mail: i.nguyen@awo-spree-wuhle.de

Frauenprojekt „Mariposa“

Frau Belinda Apicella, Tel. 29 04 66 11, Kurzberatung in sozialen Fragen, Gruppenangebote (SHG, Workshops) und Informationsveranstaltungen für Migrantinnen.
E-Mail: b.apicella@awo-spree-wuhle.de

Wir haben für Sie Mo. Di. und Do. 09:00 – 16:00 Uhr,
Mi. von 13:00 – 16:00 Uhr, Fr. 09:00 – 13:00 Uhr
und nach Vereinbarung geöffnet.

**Montag, 03. April 16:00 – 18:00 Uhr
Kostenlose Sprechstunde
mit der Rechtsanwältin Frau Bianca Geiß**
Schwerpunkte: Sozial- und Familienrecht.
Anmeldung unter Tel. 29 04 66 11 erforderlich

**Montag, 03. April 16:00 – 18:00 Uhr
„Frag' die AWO“
Information & Orientierung für Hilfesuchende**
Ansprechpartnerin: Belinda Apicella, Tel.: 29 04 66 11

Mittwoch, 05. April, 13:30 – 15:30 Uhr
Kostenlose multilinguale Sprechstunde der AOK mit Serena Manno zu Fragen der Krankenversicherung (auf Deutsch, Italienisch, Spanisch u. Englisch)
Termine unter 29 04 66 11

Mittwoch, 05. April, 14:00 – 16:00 Uhr
Kostenlose Sprechstunde zu Mietrecht mit Rechtsanwalt Hans-Peter Scholz
Terminvereinbarung unter 29 04 66 11

**Dienstag, den 25. April, 14:00 – 16:30 Uhr
"Spiel doch mal wieder!"**
Generationsübergreifender Spielenachmittag
für Freunde von Rommé, (Kostenfreies Angebot)

Freitag, den 28. April, 13:00 – 17:00 Uhr
Frühlingsausflug zum Märchenbrunnen im Volkspark Friedrichshain

Samstag, den 29. April, 13:00 – 19:00 Uhr
Treff des Vereins „der ehemaligen angolanischen Vertragsarbeiter im ehemaligen Ost-Deutschland (DDR) in Berlin-Brandenburg“ e.V.
Kontakt: munjunga augustojone [\[aujone@googlemail.com\]](mailto:aujone@googlemail.com)



Angebote im April des Frauenprojektes Mariposa

Internet: <http://www.awo-spree-wuhle.de/mariposa>

Sprechstunden:

Dienstags, 13:00 – 16:00 Uhr und

Donnerstags, 10:00 – 12:00 Uhr

Tel. 29 04 66 11

Telefonisch erreichbar: Mittwochs, 13:00 – 15:00

Freitag, 07. April, diesmal 13:00 – 15:00 Uhr

Frauenbrunch bei Mariposa

zum Austauschen, Netzwerken, Kennenlernen

Jede bringt etwas zum Essen mit

Dienstag, den 25. April (auch Dienstag, 09.05. – sie können beide Teile auch einzeln besuchen!)

19:30 Uhr Workshop selbstsicheres Sprechen in der Fremdsprache mit Theaterpädagogin Marina Zimmer- starke Frauen, starker Ausdruck

Kostenfreies Angebot, Anmeldung erforderlich unter: 29 04 66 11

montags, im Wechsel

11:00 – 13:00 Uhr und 13:00 – 15:00 Uhr

Hilfe bei Bewerbungen

Erstellung von Bewerbungsunterlagen, Hilfe bei der Suche von Stellenangeboten mit Frau Kunze (kostenfrei)

Anmeldung unter: (030) 290 466 11 oder

b.apicella@awo-spree-wuhle.de

Kooperationsveranstaltung für Schwangere und Mütter in Elternzeit vom Frauenprojekt Mariposa, Box66, Interkulturelles Begegnungszentrum für Frauen und Familien und FRIEDA-Beratungszentrum für Frauen

Donnerstag, 27.04., ab 16:00 Uhr,

Ort: Box66, Sonntagstraße 9

Zweiter Teil des Workshops in drei Teilen mit Psychologin Silvia Bonapace

„Elternzeit: Falle oder Chance?“ (diesmal: deutsch / polnisch)

Samstag, den 29. April, 10:00 – 16:00 Uhr

3. Treffen des Netzwerkes

Women in Exile & Friends

Kontakt: info@women-in-exile.net

Kontakt

Bayouma-Haus

der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.

Frankfurter Allee 110 (zweiter Hinterhof,
neben der Werkstatt „Box im Bogen“. 1. Etage)

10247 Berlin

Tel.: (030) 29 04 91 36 – Fax: (030) 29 04 91 29

E-Mail: bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de

Ausführliches Programm und Informationen unter:

Internet: <http://www.bayouma-haus.de>

<http://www.bayouma-gesundheit.de>

<http://www.awo-spree-wuhle.de>

<http://www.awo-spree-wuhle.de/mariposa>

AWO-BEGEGNUNGSZENTRUM

Angebote im April 2017

Dienstag, 04.04., 11:00 - 13:00 Uhr

Auftakttreffen der Schreibgruppe zum Thema Nachbarschaft „Einmal um den Block“ mit Katharina Ludwig

Die Kiezbäckerei an der Ecke – diese auffällige Frau, die man immer bei der Haltestelle trifft, aber noch nie angesprochen hat – der erste Tag in meinem neuen Viertel...

In der Schreibgruppe sammeln wir Geschichten über unsere Berliner Nachbarschaften, über ihre schönen Ecken und Kanten und wo es auch mal Krach gibt. Wir gucken mit Stift und Papier, wie sich die Häuser, Straßen und Menschen verändert haben im Laufe der Zeit. Teilnehmende aus allen Berliner Bezirken und jeden Alters sind willkommen! Man muss nicht perfekt Deutsch können. Gemeinsam schreiben macht Spaß!

Ort: AWO Begegnungszentrum, EG

Dienstag, 11.04., 11:45 Uhr

Treffpunkt der Kulturen – Besuch im Museum - Führung in der Alten Nationalgalerie

Die Museumsführung beginnt um 13.00 Uhr. Wir treffen uns um 11:45 Uhr am U-Bahnhof Kottbusser Tor, Richtung Alexanderplatz.

Wir fahren mit der U8 zum Alexanderplatz, steigen für eine Station in die S-Bahn bis Hackeschen Markt und machen einen kurzen Spaziergang zum Museum. Kosten bitte erfragen!

Treffpunkt: U-Bahnhof Kottbusser Tor, Bahnsteig U8, Richtung Alexanderplatz.

Wir bitten um Anmeldung bei Herrn Block, Begegnungsstätte Falckensteinstr., unter Tel. 695 34 051

Dienstag, 19.04., 14:00 -16.00Uhr

Film zur unserer Reihe „Was ist für mich Heimat?“

In Kooperation mit Kollegin Helena Armbruster von der frühen Bildung

Wir wollen gemeinsam einen Film zum Thema Heimat und Identität anschauen – bitte Titel des Films bei uns erfragen! Im Anschluss ist Gelegenheit zum Gespräch bei Kaffee, Tee und Gebäck.

Ort: AWO Begegnungszentrum, EG

Gruppentreffen im AWO Begegnungszentrum und in der Begegnungsstätte Gitschiner Straße

Sonntags und montags, 12:00–17:00 Uhr

BITTE BEACHTEN: Die Türkischsprachige Rentnergruppe trifft sich in der BEGEGNUNGSSTÄTTE GITSCHINER STR:38

Gruppenleitung: Safiye und Sehmus

Folgende Gruppen treffen sich im AWO Begegnungszentrum, Adalbertstr. 23a, EG

Sonntags, 15:00 Uhr

Gruppe Al Kantara

Nähere Informationen bei Ezzeddine Neji

nejiezzeddine@googlemail.com

Dienstags, 14:00-18:00 Uhr
Spanischsprachige Rentnergruppe
 Gruppenleiterin: Teresa

Dienstags, 11:00 – 14:00 Uhr
Die Handarbeitsgruppe
 "Bunte Kreationen – die AWO Kirschen"
 Gruppenleiterin: Piera

Dienstags bis 25.4., 11:00 – 13:00 Uhr
Schreibgruppe zum Thema Nachbarschaft, Einmal
 um den Block... Leiterin/Dozentin: Katharina Ludwig

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 14:00 – 18:00 Uhr
Polnischsprachige Rentnergruppe
 Gruppenleiterin: Jola

Mittwochs, 13:00 – 14:30 Uhr
Sevillana-Tanzkurs
 Keine Vorkenntnisse erforderlich und für jede Alters-
 gruppe geeignet! Von 8-90 Jahren
 Gruppenleiterin: Mari Carmen

Mittwochs, 15:00-18:00 Uhr
Integrationsgruppe 12 und 18
 Des AWO KV Nordwest. (Erwachsene mit Assistenz-
 bedarf). Nähere Informationen bei Guido Rademacher,
 Tel.: 627 05 499 oder, Mail: guidorademacher@gmx.de
 oder bei Filiz Müller-Lenhartz, Tel.: 695 35 613

Donnerstags, 14- tägig, 15:00-18:00 Uhr
„Dobar Dan“ Gruppe
 (Senioren aus Ex-Jugoslawien)
 Termine für das erste Halbjahr: 06.04., 20.04., 04.05.,
 18.05., 01.06. und 22.06.2017
 Nähere Informationen bei Silvana Kostic, Tel.: 695 35
 640

Kontakt

AWO Begegnungszentrum
 Adalbertstr. 23A, 10997 Berlin

Tel.: (030) 695 35 611

Migrantensozialdienst
 Susanne Koch,
 Tel.: (030) 695 35 619
 E-Mail: susanne.koch@awoberlin.de
 und
 Gemeinwesenarbeit, Filiz Müller-Lenhartz
 Tel.: (030) 695 35 613
 E-Mail: f.mueller-lenhartz@awo-spree-wuhle.de
 Internet: <http://www.begegnungszentrum.org>

BABEL E.V. Angebot im April 2017 (Auszug)

Öffentliche Veranstaltungen

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Montag: Theaterworkshop, Computer AG für Kids

Dienstag: Capoeira

Mittwoch: Kids kochen sich durch die Welt

Donnerstag: YoMaMe – Entspannungstraining für Kids
 ComputerAG für die Größeren, Rap-Workshop

Freitag: Spanisch-Unterricht, SpielSpaß ohne Grenzen

Samstag: ZwischenWelten - der Familientag im Haus Baby-
 lon, Neuberliner_innen zu Gast bei ihren Freunden, Begeg-
 nung von Familien unterschiedlicher Herkunft zu einem fröhli-
 chen Nachmittag

Interkultureller Kinder- und Jugendbeirat im Haus Babylon

**Jeden Dienstag und Donnerstag von 17.00 Uhr - 20.00
 Uhr:** Austausch, Gespräche und Diskussionen zu verschie-
 denen Aspekten des Zusammenlebens in der multikulturellen
 Gesellschaft.

Interkultureller Brunch – Die Welt zu Gast im Haus Babylon

Thematische Veranstaltung mit wöchentlich wechselnden
 Themen in Bezug auf die Interkulturelle Thematik

Jeden Donnerstag von 10.00 Uhr - 12.00 Uhr

SelbstAnsichten - Ogonjok

Menschen mit und ohne Migrationshintergrund treffen sich in
 gemütlicher Atmosphäre mit Spätaussiedlern zu einem gesell-
 lichen Nachmittag:

**Freitag, 07.04.2017, Freitag, 28.04.2017
 von 15.00 Uhr - 20.00 Uhr**

Ferienprogramm Frühjahr 2017

Rund um das Thema Ostern, Nawruz, Frühlingstraditionen
 10.04. bis 21.04., 09.30 Uhr - 12.00 Uhr

Projektstage April 2017

03.04.2017 Willkommensklasse Friesengrundschule

09.30 Uhr - 12.30 Uhr

24.04.2017 Zuckerprojekttag, Schule im Grünen, Malchow

24.04.2017, 09.30 Uhr-12.00 Uhr

Thematischer Projekttag für Schüler innen aller Schultypen Europa Express

- Vielfalt der europäischen Zivilgesellschaften
- Kulturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den
 europäischen Ländern
- Gleichstellung von Frauen in Europa
- Institutionelle Diskriminierung
- Zukunftswerkstatt eine Gesellschaft ohne Diskriminie-
 rung

Montag - Freitag (Um Voranmeldung wird gebeten)

Interkulturelle Werkstatt „Miteinander Leben“

- Stärkung des Selbstbewusstseins und Stärkung des
 Selbstvertrauens, um in Diskriminierungssituationen
 selbstbewusst zu handeln

- Reflexion von Konflikten, Problemen und Traumatisierungserfahrungen
- Interkulturelles Theaterstudio – „Theater der Unterdrückten“

Montag - Freitag (Um Voranmeldung wird gebeten)

Kurse und Arbeitskreise

(Um Voranmeldung wird gebeten)

Deutschförderkurs für Geflüchtete

Montag - Freitag

von 10.00 Uhr - 14.00 Uhr und 14.00 - 18.00 Uhr

Deutschförderkurs für Fortgeschrittene

Montag bis Mittwoch von 09.00 Uhr - 12.00 Uhr

Trainingsprogramm Interkulturelle Sensibilisierung:

Inhalte:

- Kultur und kulturelle Sensibilität
- Mensch und Kultur in Bezug auf die Dimension des Fremden
- Kulturdistanz und Kulturdimensionen
- Interkulturelle Kommunikation
- Diskriminierung als Begriff
- Stereotype und Vorurteile
- Von Vorurteilen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit
- Wie ist Schule ohne Diskriminierung möglich?
- Welche Rolle spielt der kulturelle Hintergrund zum Verständnis von Diskriminierung?
- Ursachen und Folgen von Diskriminierungssituationen in der Schule.

Montag - Freitag (Um Voranmeldung wird gebeten)

Lerntherapie und Lernstrategie

Eine lernpädagogische Fachberatung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die individuelle Hilfe und persönliche Unterstützung benötigen. Schulvorbereitung für Vorschulkinder.

Montag bis Freitag (um Terminvereinbarung wird gebeten)

Ort: Hellersdorfer Promenade 20, 12627 Berlin

Auskünfte/Beratungen

niedrigschwellige Beratungs-, Betreuungs und Begleitangebote Auskünfte zu Wohnungsangelegenheiten und Antragsstellungen/ Schreib und Übersetzungsservice

Montag bis Freitag

Kontakt

BABEL e.V.

Stefan-Born-Straße 4

12629 Berlin-Hellersdorf

Tel.: (030) 99 858 91, Fax: (030) 99 893 20

E-Mail: babel-berlin@t-online.de

Internet: <http://www.haus-babylon.de>

Verantwortlich: Dr. Mekonnen Shiferaw

Veranstaltungen

31.03. bis 07.04.2017, Alfilm:

8. ARABISCHES FILMFESTIVAL

ALFILM – Arabisches Filmfestival Berlin ist deutschlandweit das größte Festival, das der vielfältigen Filmszene der arabischen Welt eine Plattform bietet. Der Schwerpunkt des Festivals liegt auf dem inhaltlich und künstlerisch anspruchsvollen arabischen Film. ALFILM ist ein nicht-kommerzielles Filmfestival, das seit 2009 jährlich von makan – Zentrum für arabische Filmkunst und Kultur e.V. organisiert wird.

Das Arabische Filmfestival (Alfilm) zeigt über 40 Filme von arabischen Regisseuren und aus den arabischen Ländern, die dem europäischen Publikum bislang kaum bekannt waren. Die Veranstalter sind die Freunde der arabischen Kinemathek, Berlin e.V., ein weltanschaulich und politisch unabhängiger Verein. Er wurde mit dem Ziel gegründet, dem Filmschaffen der arabischen Länder in Deutschland eine Plattform zu bieten und den kulturellen Stereotypen über die arabische Welt mit Bildern und Geschichten zu begegnen.

Programm und Spielorte im Internet unter:

<http://www.alfilm.de/>

Tickets: <http://www.alfilm.de/shops/tickets/>

20.04., LAF Berlin e.V., Podiumsgespräch:

BERLINER BRÜCKEN NACH LATEINAMERIKA- Kommunale Städtepartnerschaft unter der Lupe

Donnerstag, 20. April 2017, 19 Uhr

(Einlass 18:45 Uhr)

Lateinamerika-Forum Berlin e.V.

Bismarckstraße 101

10625 Berlin

"Städtepartnerschaft Berlin mit Mexiko DF oder Buenos Aires? Nie gehört!" - "Steht dahinter nicht der steuerlich finanzierte Tourismus von Politiker und Bürokraten?" Der Informationsstand über die Städtepartnerschaften könnte besser sein. Wir diskutieren mit Ihnen Themen wie

- Städtepartnerschaften als Chance des Voneinander-Lernens. Wie läuft die Zusammenarbeit?
- Nachhaltige Kommunalentwicklung - Beitrag der Kommunen zum "Buen Vivir - Recht auf gutes Leben für alle"
- Fairer Handel
- Bürgerbeteiligung und staatliche Unterstützung
- Der Blick über Berlin hinaus

Podiumsgespräch mit: Michael Jopp (Kommunale Entwicklungspolitik/ Verein zur Förderung der Städtepart-

nerschaft Kreuzberg - San Rafael del Sur), Michael Schrick (StäPa Treptow-Köpenick - Cajamarca, Info-stelle Peru), Linda Klingenberg (Kulturherz e.V./ Koordinatorin für entwicklungspolitische Bildung), Kurt Baudach Servicestelle für die Kommunen in der Einen Welt (Engagement Global) Weitere Infos unter: <http://www.lateinamerikaforum-berlin.de/veranstaltung/berliner-bruecken-nach-lateinamerika-kommunale-partnerschaften-unter-der-lupe/>

Anmeldung/Kontakt

Lateinamerika-Forum Berlin e.V. –
Foro de las Américas
Bismarckstraße 101
10625 Berlin, 5. Etage, Eingang Weimarer Str.
ÖPNV: U2, Deutsche Oper (H)

Tel.: (030) 832 96 37
Fax: (030) 894 09 329

Anmeldung: anmeldung@lateinamerikaforum-berlin.de
Internet: <http://www.lateinamerikaforum-berlin.de>

24. bis 30.04., „Malaria Week Berlin“ 2017:
EINE WOCHE GEGEN DAS VERGESSEN
Hope Foundation
organisiert die „Malaria Week Berlin“ 2017

Aus Anlass des Welt Malaria Tages am 25. April ruft die Hope Foundation (HF) zu mehr Anstrengung im Kampf gegen Malaria auf.

Vom 24. bis zum 30. April möchte der Verein durch mehrere Events auf die Gefahren durch Malaria aufmerksam machen, denn die tödliche Krankheit gerät immer wieder ins Vergessen.

"Ich war selbst mehrfach an Malaria erkrankt, konnte jedoch geheilt werden. Aber viele meiner Familienangehörigen sind an der Krankheit gestorben." sagt Gerald Bobga Fonkenmun (Gründer der Hope Foundation, gebürtiger Kameruner).

Genau aus diesem Grund gehen am 30. April etliche Teilnehmer/-innen beim Benefiz-Lauf „MALARATHON 2017“ an den Start. Vom Bambini-Lauf (500m) bis zur 10km Strecke - für jeden wird etwas dabei sein. Des Weiteren findet am 27. April das Techno-Event "ELEKTROKITOS" im bekannten Berliner Club "Burg Schnabel" statt. Unter dem Motto "Techno against Malaria" legen DJs wie Robert Owens, Techno Frühstück, Mike Book und viele mehr für den guten Zweck auf.

Die HF lädt dazu ein die Veranstaltungen als Interessierte*r zu besuchen, um somit im Kampf gegen Malaria aktiv zu werden.

Weitere Details können auf der Webseite der HF und auf der Seite <http://www.hope-found.org/de/neuigkeiten> abgerufen werden.

Hope Foundation e.V. ist ein kamerunisch-deutscher Verein, welcher Aufklärungsprojekte organisiert und Moskitonetze verteilt, um die Lebensbedingungen in Kamerun zu verbessern.

Kontakt:

Hope Foundation
Petersburger Straße 92
10247 Berlin

Tel.: (030) 5446 0643
und (030) 2900 7192

E-Mail: info@hope-found.org
Internet: <http://www.hope-found.org>

Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin: VERANSTALTUNGEN APRIL 2017

6. April 2017, 19:00 Uhr
Militäretik – Unter den Waffen schweigen die (Religions-)Gesetze?
W. M. Blumenthal Akademie, Saal,
Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz 1
10969 Berlin (gegenüber dem Museum)

Ethische Fragen in Judentum und Islam – Dialogische Ringvorlesung im Rahmen des Jüdisch-Islamischen Forums (mit Video-Mitschnitt)

Wie halten wir es mit den Kriegsdrohnen? Gibt es ethische Grenzen, die man selbst bei der Bekämpfung von Terrorismus nicht überschreiten darf? Der technologische Fortschritt in den letzten Jahrzehnten wirft eine Reihe von neuen Fragen nach der Legitimität von konkreten Waffen (Killer-Roboter, biologische Waffen) und nach Risiken und Chancen von militärischen Interventionen auf.

Weitere Informationen zu der Veranstaltung finden Sie unter: <https://www.jmberlin.de/militaerethik-unter-den-waffen>

27. April 2017, 19:00 Uhr
Iraq N' Roll
Filmvorführung im Rahmen der Film- und Lesungsreihe Zwischen Marrakesch und Maschhad Juden in islamisch geprägten Ländern

Jüdisches Museum Berlin, Altbau EG, Glashof,
Lindenstraße 9–14, 10969 Berlin

Dokumentarfilm, Israel 2011, 54 Minuten, Regie: Gili Gaon, Originalfassung auf Hebräisch und Arabisch mit englischen Untertiteln

Dudus Großvater Daud al-Kuwaity zählte zusammen mit seinem Bruder Saleh zu den erfolgreichsten Musikern und Komponisten im Irak der 1930er Jahre. Als die Brüder in den 1950er Jahren nach Israel zurückkehrten, fand ihre jüdisch-arabische Musik dort keinen Zuspruch und geriet in Vergessenheit. Dudu entdeckt in der Musik der al-Kuwaitys seine kulturellen Wurzeln und beschließt, ihre Werke neu zu interpretieren. Es beginnt ein sehr persönlicher musikalischer Dialog – zwischen den Generationen und den Kulturen. In diesem intimen Film begleitet Filmemacher Gili Gaon den israelischen Rockmusiker Dudu Tassa auf einer Reise zu seinem musikalischen Erbe. Einführend spricht Achim Rohde (Philipps-Universität Marburg) zur irakisch-jüdischen Erinnerungskultur. Nach dem Film findet ein Gespräch mit dem Regisseur statt.

Weitere Informationen zu der Veranstaltung finden Sie unter: <https://www.jmberlin.de/film-iraq-n-roll>

Kontakt und Anmeldung

Für alle Veranstaltungen:
Eintritt frei - Anmeldung erforderlich.
Anmeldung: Tel.: (030) 25 993 488
oder per E-Mail: reservierung@jmberlin.de
Internet: <http://www.jmberlin.de/>

Kultur bewegt e.V.:

STADTTEILFÜHRUNGEN IM APRIL 2017

Neukölln

In Neukölln ist Einwanderung schon lange Geschichte und Alltag, die Stadtteilführerinnen sind Zeitzeuginnen, die davon aus eigener Erfahrung und Anschauung berichten. Ihre Stadtteilführungen sind so vielfältig wie Neukölln selbst!

Sehen Sie die Karl-Marx-Straße, den Richardplatz oder die Gropiusstadt mit den Augen von Frauen, die hier ihre (zweite) Heimat gefunden haben. Neukölln ist ihnen Wahlheimat oder Zufluchtsort geworden, irritierend mit seinen Problemen und faszinierend mit seinem Potenzial. Machen Sie sich ein (anderes) Bild von Berlins „berüchtigtem“ Bezirk!

Samstag, 1. April 2017 um 12.00 Uhr

Tour: „Erkundung im Paradies“

Mit Hiba Ayad UND Maria Ghouri

Treffpunkt: vor dem Eingang zum Heimathafen Neukölln Karl-Marx-Straße 141, U-Bahn Karl-Marx-Straße

Samstag, 15. April 2017 um 12:00 Uhr

Tour: „Neukölln Oneway“

Mit Gülaynur Uzun und Hanadi Mourad

Treffpunkt: vor dem Eingang zum Heimathafen Neukölln Karl-Marx-Straße 141, U-Bahn Karl-Marx-Straße

Internet: <http://www.route44-neukoelln.de/>

Kontakt

Kulturbewegt e.V.
Oranienburger Straße 37
10117 Berlin

Tel.: (030) 70 222 023

E-Mail: info@kulturbewegt.de

Internet: <http://www.kulturbewegt.de>

Veröffentlichungen Internet-Tipps

Working Paper 73:

FAMILIENNACHZUG VON DRITTSTAATSANGEHÖRIGEN NACH DEUTSCHLAND Fokusstudie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)

Das Working Paper 73 ist im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerkes (EMN) bearbeitet worden.

Die Studie wurde nach ihrer Erstveröffentlichung überarbeitet und liegt nun in ihrer 2. überarbeiteten Auflage vor.



Download:

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Studien/wp73-emn-familiennachzug-drittstaatsangehoerige-deutschland.pdf>

[BAMF; RED]

BAMF-PROJEKTJAHRBUCH 2015:

Potenziale nutzen - Integration fördern

Sie schaffen Begegnungsmöglichkeiten auf Augenhöhe und bringen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung zusammen: Bundesweit engagieren sich Menschen in zahlreichen Integrationsprojekten für ein gutes Miteinander und stärken so den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Rund 200 Projekte hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Jahr 2015 gefördert. Sie alle sind im Projektjahrbuch 2015 aufgelistet und zeugen davon, wie vielfältig und lebendig die bundesgeförderte Projektarbeit ist.

Download (5 Mbyte):

http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/projektjahrbuch-2015.pdf?__blob=publicationFile

[BAMF; RED]

Thomas Aye:

BOZA BOZA

Eine szenisch gebaute Erzählung
zum Thema Asyl und Abschiebung

BOZA BOZA

Roman

Paperback, 162 Seiten

dahlemer verlagsanstalt,

Berlin

ISBN 978-3-928832-67-0

15 Euro

„Boza Boza“ war der Ruf afrikanischer Flüchtlinge, als sie sich auf den Weg machten, den Zaun zu den spanischen Enklaven zu überwinden.

Boza Boza, ein Ruf, der nichts bedeutet und doch so viel mit uns gemein hat. Boza Boza macht Mut, ist Hoffnung und steht für die Macht der Verzweiflung.



In raschen, filmartigen Szenenwechseln umreißt Thomas Aye in seinem literarischen Debüt das Spannungsverhältnis, in dem alle an der gegenwärtigen Asylkrise Beteiligten leben. Da sind einerseits die Menschen, die es bis nach Deutschland geschafft haben; immer wieder ist aber auch die Rede von denen, die nicht so weit gekommen sind. Thomas Aye zeigt schonungslos auch die andere Seite, beschreibt den Alltag von Mitarbeitern der Ausländerbehörde, jener Entscheider, die im Auftrag der Regierung ihre Daumen heben oder senken. Und er erzählt von den Helfern, die an ihren Aufgaben immer wieder zu verzweifeln drohen: Künstler, Journalisten und ganz normale Leute ...

Thomas Aye bezieht Position, ohne in Schwarzweißmalerei zu verfallen und kommt der Komplexität des Themas damit erstaunlich nahe. Dieses Buch öffnet uns die Augen, verblüfft und bringt uns mitunter zum Schmunzeln. Ein starker Text zu einem Thema, der mit brechtschen Elementen arbeitet, Einfühlung verhindert und zum Denken auffordert.

»Man hat auch eine Verantwortung für Menschen, die in Not hierhergekommen sind und keinen Anspruch auf Asyl haben«, sagt die Berliner Integrationsssenatorin Elke Breitenbach kurz nach ihrer Amtseinführung und stellt sich damit klar gegen die vom Bund geplante verschärfte Abschiebepolitik.

Internet: http://www.da-ve.de/romane/ay_e_boza.html

Thomas Aye, 1964 in Hamburg geboren, hat in der norddeutschen Provinz theaterpädagogische Projekte konzipiert, in Berlin, Görlitz und Moskau inszeniert und in Stuttgart, Hamburg und Potsdam-Babelsberg Theaterpädagogen, Schauspieler sowie Theater- und Filmregisseure ausgebildet. Thomas Aye lebt in Berlin.